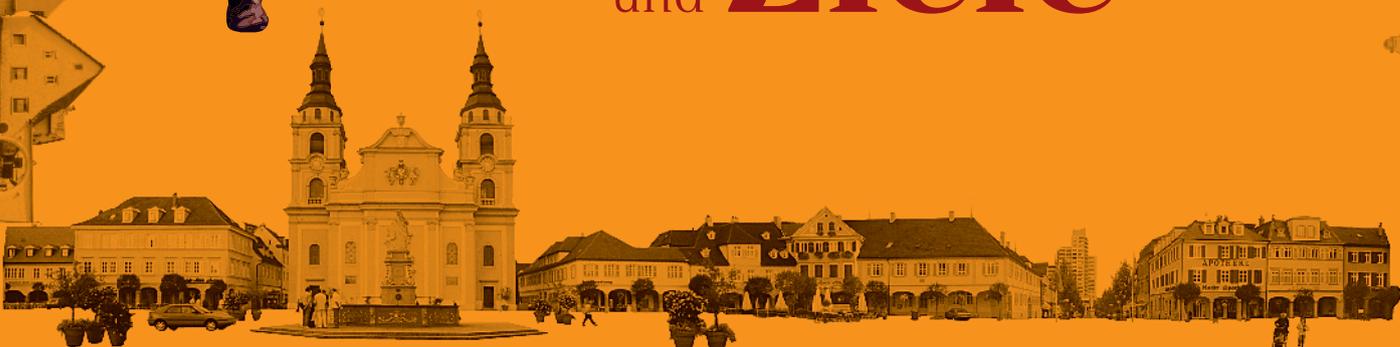




125 Jahre SPD in Ludwigsburg

**Eine kleine Zeitreise
durch 125 Jahre
SPD in Ludwigsburg**

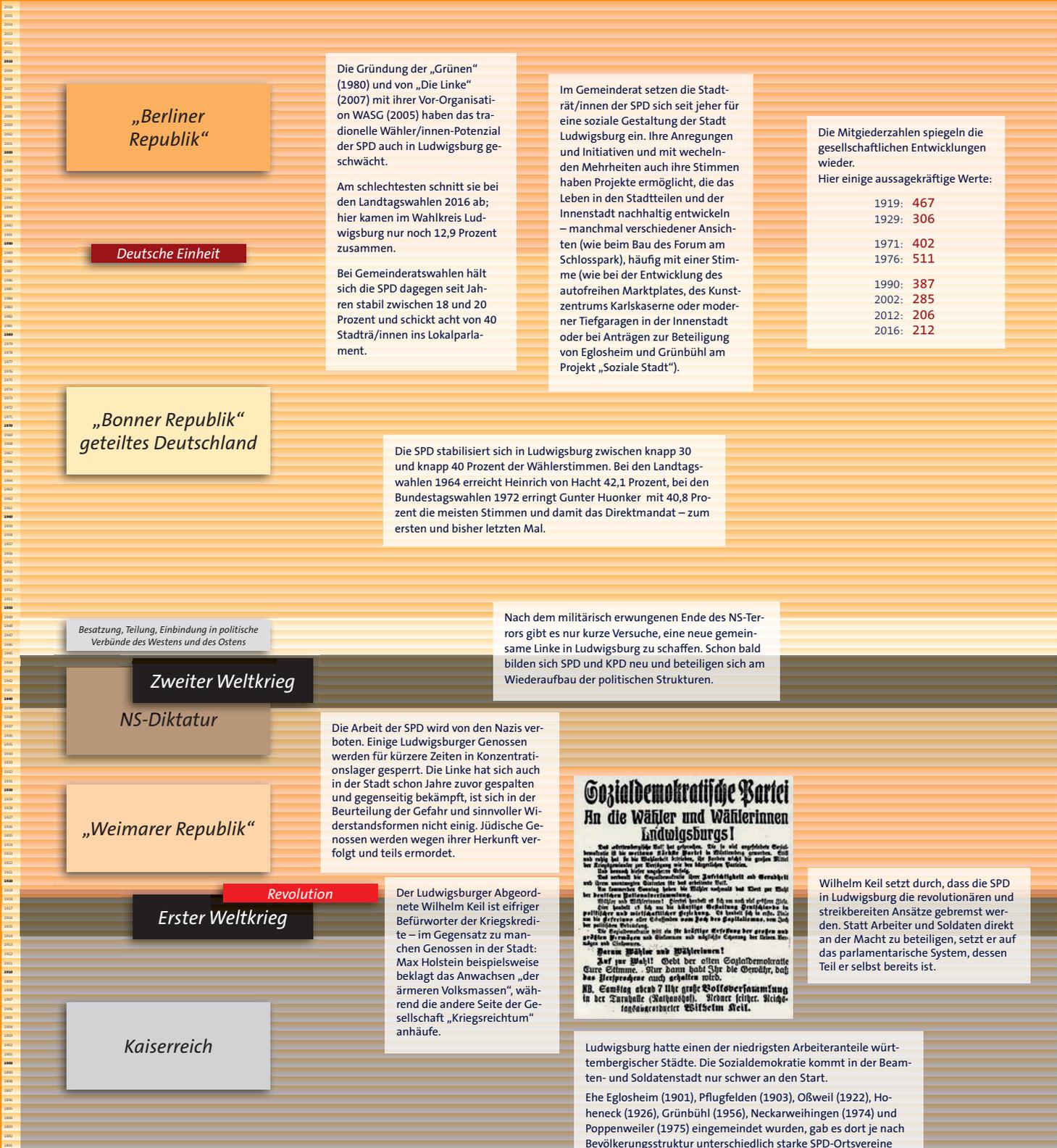
Menschen
FAKTEN
Träume
und Ziele



1891 –
2016

Die SCHNELLE Zeitreise...

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



„Berliner Republik“

Deutsche Einheit

„Bonner Republik“
geteiltes Deutschland

Besatzung, Teilung, Einbindung in politische Verbände des Westens und des Ostens

Zweiter Weltkrieg

NS-Diktatur

„Weimarer Republik“

Revolution

Erster Weltkrieg

Kaiserreich

Die Gründung der „Grünen“ (1980) und von „Die Linke“ (2007) mit ihrer Vor-Organisation WASG (2005) haben das traditionelle Wähler/innen-Potenzial der SPD auch in Ludwigsburg geschwächt.

Am schlechtesten schnitt sie bei den Landtagswahlen 2016 ab; hier kamen im Wahlkreis Ludwigsburg nur noch 12,9 Prozent zusammen.

Bei Gemeinderatswahlen hält sich die SPD dagegen seit Jahren stabil zwischen 18 und 20 Prozent und schickt acht von 40 Stadträ/innen ins Lokalparlament.

Im Gemeinderat setzen die Stadträt/innen der SPD sich seit jeder vier Jahre eine soziale Gestaltung der Stadt Ludwigsburg ein. Ihre Anregungen und Initiativen und mit wechselnden Mehrheiten auch ihre Stimmen haben Projekte ermöglicht, die das Leben in den Stadtteilen und der Innenstadt nachhaltig entwickeln – manchmal verschiedener Ansichten (wie beim Bau des Forum am Schlosspark), häufig mit einer Stimme (wie bei der Entwicklung des autofreien Marktplates, des Kunstzentrums Karlskaserne oder moderner Tiefgaragen in der Innenstadt oder bei Anträgen zur Beteiligung von Eglosheim und Grünbühl am Projekt „Soziale Stadt“).

Die Mitgliederzahlen spiegeln die gesellschaftlichen Entwicklungen wieder.

Hier einige aussagekräftige Werte:

- 1919: 467
- 1929: 306
- 1971: 402
- 1976: 511
- 1990: 387
- 2002: 285
- 2012: 206
- 2016: 212

Die SPD stabilisiert sich in Ludwigsburg zwischen knapp 30 und knapp 40 Prozent der Wählerstimmen. Bei den Landtagswahlen 1964 erreicht Heinrich von Hacht 42,1 Prozent, bei den Bundestagswahlen 1972 erringt Gunter Huonker mit 40,8 Prozent die meisten Stimmen und damit das Direktmandat – zum ersten und bisher letzten Mal.

Nach dem militärisch erzwungenen Ende des NS-Terrors gibt es nur kurze Versuche, eine neue gemeinsame Linke in Ludwigsburg zu schaffen. Schon bald bilden sich SPD und KPD neu und beteiligen sich am Wiederaufbau der politischen Strukturen.

Die Arbeit der SPD wird von den Nazis verboten. Einige Ludwigsburger Genossen werden für kürzere Zeiten in Konzentrationslager gesperrt. Die Linke hat sich auch in der Stadt schon Jahre zuvor gespalten und gegenseitig bekämpft, ist sich in der Beurteilung der Gefahr und sinnvoller Widerstandsformen nicht einig. Jüdische Genossen werden wegen ihrer Herkunft verfolgt und teils ermordet.

Der Ludwigsburger Abgeordnete Wilhelm Keil ist eifriger Befürworter der Kriegskredite – im Gegensatz zu manchen Genossen in der Stadt: Max Holstein beispielsweise beklagt das Anwachsen „der ärmeren Volksmassen“, während die andere Seite der Gesellschaft „Kriegsreichtum“ anhäuft.



Wilhelm Keil setzt durch, dass die SPD in Ludwigsburg die revolutionären und streikbereiten Ansätze gebremst werden. Statt Arbeiter und Soldaten direkt an der Macht zu beteiligen, setzt er auf das parlamentarische System, dessen Teil er selbst bereits ist.

Ludwigsburg hatte einen der niedrigsten Arbeiteranteile württembergischer Städte. Die Sozialdemokratie kommt in der Beamten- und Soldatenstadt nur schwer an den Start.

Ehe Eglosheim (1901), Pflugfelden (1903), Oßweil (1922), Hohenneck (1926), Grünbühl (1956), Neckarweihiingen (1974) und Poppenweiler (1975) eingemeindet wurden, gab es dort je nach Bevölkerungsstruktur unterschiedlich starke SPD-Ortsvereine – Eglosheim und Neckarweihiingen als ursprüngliche Arbeiterwohnorte haben hier ein besonders starkes Erbe.

Das „Sozialistengesetz“ (genauer: „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“) verbietet von 1878 bis 1890 alle politische Arbeit der Sozialdemokratie im Deutschen Reich.

1891 ...

Die Anfänge des Ludwigsburger SPD-Ortsvereins

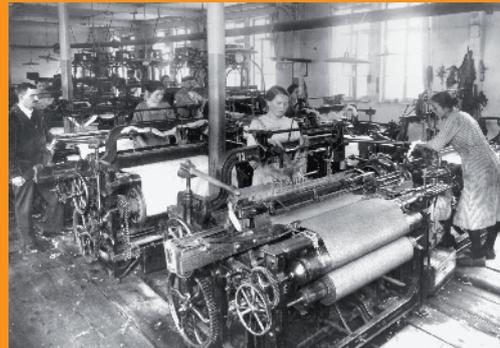
125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Nicht gerade kämpferisch:

Aufruf zur Gemeinderatswahl 1891:

Zur Gemeinderatswahl. (Eingesendet.) Die Einsender dieser Zeilen erlauben sich, darauf aufmerksam zu machen, daß es auch in hiesiger, hauptsächlich durch ihre Industrie und in Folge dessen auch durch die arbeitende Klasse zu ihrer jetzigen Blüte emporgekommenen Stadt an der Zeit wäre, auch den Arbeitern bei einem gemeinnützigen Institute, wie es der Gemeinderat ist und sein soll, Sitz und Stimme zu gestatten. Es würde der gesamten Bürgerschaft unserer guten Stadt zur Ehre gereichen, wenn sie bei der bevorstehenden Wahl ihre Stimme auch dem Arbeiterkandidaten zuwenden würden und dadurch einer gewiss nicht unberechtigten Forderung der arbeitenden Klasse entgegenkämen, da sich bei der jetzigen Wahl die Gelegenheit dazu bieten würde. Es liegt nicht im Sinne der Einsender, durch diese Zeilen einen Wahlkampf hervorzu[rufen], sondern sie möchten nur an das Gerechtigkeitsgefühl ihrer Mitbürger appellieren, damit auch in unserer Stadt, gleich dem Vorbilde anderer Städte unseres Vaterlandes, alle Stände gleichberechtigt an den Beratungen zum Wohle der Gemeinde teilnehmen könnten. Die Einsender dieses erlauben sich, die verehrliche Bürgerschaft ersuchen auf eine demnächst stattfindende öffentliche Versammlung in dieser Angelegenheit einzuladen. Mehrere Arbeiter.

Zur Gemeinderatswahl. (Eingesendet) Die Einsender dieser Zeilen erlauben sich, darauf aufmerksam zu machen, dass es auch in hiesiger, hauptsächlich durch ihre Industrie und in Folge dessen auch durch die arbeitende Klasse zu ihrer jetzigen Blüte emporgekommenen Stadt an der Zeit wäre, auch den Arbeitern bei einem gemeinnützigen Institute, wie es der Gemeinderat ist und sein soll, Sitz und Stimme zu gestatten. Es würde der gesamten Bürgerschaft unserer guten Stadt zur Ehre gereichen, wenn sie bei der bevorstehenden Wahl ihre Stimme auch dem Arbeiterkandidaten zuwenden würden und dadurch einer gewiss nicht unberechtigten Forderung der arbeitenden Klasse entgegenkämen, da sich bei der jetzigen Wahl die Gelegenheit dazu bieten würde. Es liegt nicht im Sinne der Einsender, durch diese Zeilen einen Wahlkampf hervorzu[rufen], sondern sie möchten nur an das Gerechtigkeitsgefühl ihrer Mitbürger appellieren, damit auch in unserer Stadt, gleich dem Vorbilde anderer Städte unseres Vaterlandes, alle Stände gleichberechtigt an den Beratungen zum Wohle der Gemeinde teilnehmen könnten. Die Einsender erlauben sich, die verehrliche Bürgerschaft ersuchen auf eine demnächst stattfindende öffentliche Versammlung in dieser Angelegenheit einzuladen. Mehrere Arbeiter.



Menschen, die etwas zu gewinnen hatten und bereit waren, sich dafür zu engagieren; Handwerker und Arbeiter waren das klassische Milieu der SPD in der Gründerzeit. Zur Illustration Bilder aus den Räumen der Bantwer...



beret Ebus & Söhne in der Marktstraße (links) und der Belegschaft des Bauunternehmers Fritz Baumgärtner im Hinterhof des Hauses Reithausplatz 21.

30. März 1891:

Ein Anfang ist gemacht

Wohlwöhlliches Polizeikommissariat, dahier!

Gemäß den Bestimmungen bei Gründung eines Vereins übersende ich hiermit zur Kenntnisnahme die Statuten des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins.

Ludwigsburg, den 30. März 1891
Hochachtungsvoll Friedrich Herrmann
Karlsstr. 34

Statuten für den Sozialdemokratischen Verein

Der Verein bezweckt die Durchführung des §2 des Landesstatuts; dieser Zweck soll erreicht werden durch Vorträge, durch Agitation und die in Betracht kommenden Wahlen; ferner durch Gründung einer Vereinsbibliothek.

Mitglied kann jedermann werden, wer sich nicht gegen das Partei-Programm und die Partei-Interessen verstößt.

Die Beitritts-Erklärung erfolgt mündlich beim Vorstand sowie durch Zahlung einer Aufnahmegebühr von 25 Pfennig und eines Monatsbeitrags von 20 Pfennig. Gemäß den Bestimmungen des Landesstatuts für Württemberg wird für jedes Mitglied pro Monat 10 Pfennig an die Landeskasse abgeführt.

Alle acht Wochen erfolgt ein vom Ausschuss geprüfter Kassen-Bericht. Hierbei werden die rezidierenden [!] Mitglieder ermahnt. Wer länger als zwei Monate seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, verliert hierbei sein Mitgliedsrecht.

Es soll regelmäßig alle 14 Tage eine Versammlung stattfinden.

Die Vereinsleitung besteht aus sieben Personen, dem Ersten und Zweiten Vorsitzenden, Kassierer, Schriftführer und drei Beisitzern. Die Geschäfte betr. den Beziehungen zum Landesvorstand etc. werden einer aus der Mitte des Ausschusses gewählten Person übertragen.

Es findet jährlich eine General-Versammlung statt, in welcher ein Geschäfts-Bericht erfolgt, sowie die Leitung neu gewählt wird. Ferner trifft die General-Versammlung zweckmäßige Vorkehrungen für eine einheitliche Agitation.

Ludwigsburg, im März 1891



Die Beschäftigten der Fabrik Kallenberg & Feyerabend produzierten in der Nähe des Bahnhof Blech-, Draht- und Eisenwaren.

Wie in vielen Städten versuchten auch in Ludwigsburg die Verantwortlichen lange Zeit, Fabrikarbeiter und ihre Familien außerhalb der Stadt anzusiedeln. Die „reine Stadt“ sollte möglichst nicht von den Arbeitern und ihren Ansprüchen betroffen werden.

Statuten für den Sozialdemokratischen Verein.

Der Verein bezweckt die Durchführung des §2 des Landesstatuts; dieser Zweck soll erreicht werden durch Vorträge, durch Agitation und die in Betracht kommenden Wahlen; ferner durch Gründung einer Vereinsbibliothek.

Mitglied kann jedermann werden, wer sich nicht gegen das Partei-Programm und die Partei-Interessen verstößt.

Die Beitritts-Erklärung erfolgt mündlich beim Vorstand sowie durch Zahlung einer Aufnahmegebühr von 25 Pfennig und eines Monatsbeitrags von 20 Pfennig. Gemäß den Bestimmungen des Landesstatuts für Württemberg wird für jedes Mitglied pro Monat 10 Pfennig an die Landeskasse abgeführt.

Alle acht Wochen erfolgt ein vom Ausschuss geprüfter Kassen-Bericht. Hierbei werden die rezidierenden [!] Mitglieder ermahnt. Wer länger als zwei Monate seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, verliert hierbei sein Mitgliedsrecht.

Es soll regelmäßig alle 14 Tage eine Versammlung stattfinden.

Die Vereinsleitung besteht aus sieben Personen, dem Ersten und Zweiten Vorsitzenden, Kassierer, Schriftführer und drei Beisitzern. Die Geschäfte betr. den Beziehungen zum Landesvorstand etc. werden einer aus der Mitte des Ausschusses gewählten Person übertragen.

Es findet jährlich eine General-Versammlung statt, in welcher ein Geschäfts-Bericht erfolgt, sowie die Leitung neu gewählt wird. Ferner trifft die General-Versammlung zweckmäßige Vorkehrungen für eine einheitliche Agitation.

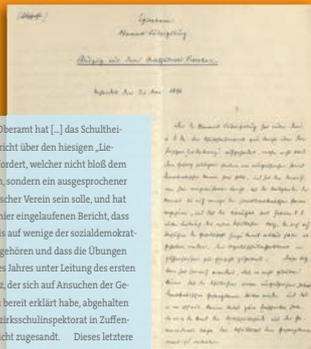
Ludwigsburg, im März 1891

1881 –
1912

In und um Ludwigsburg wächst die Sozialdemokratie

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

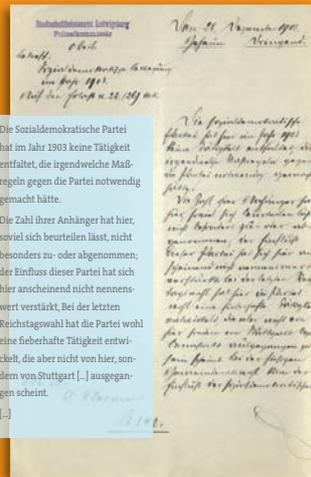
1896 – Eglosheim:
Der „Liederkrantz“ sozialdemokratie-verdächtig?
Unterstützt Schullehrer Ozly dies?



Das Königliche Oberamt hat [...] das Schullehreramt zum Bericht über den hiesigen „Liederkrantz“ aufgefordert, welcher nicht bloß dem Gesang huldigt, sondern ein ausgesprochener sozialdemokratischer Verein sein solle, und hat den darauf von hier eingelaufenen Bericht, dass die Mitglieder bis auf wenige der sozialdemokratischen Partei angehören und dass die Übungen im Februar dieses Jahres unter Leitung des ersten Schullehrers Volz, der sich auf Ansuchen der Gesellschaft hierzu bereit erklärt habe, abgehalten werden, dem Bezirksschulinspektorat in Zuffenhausen zur Einsicht zugesandt. Dieses Letztere hat hierauf erwidert, dass es nicht glauben könne, dass der Schullehrer einen ausgesprochen sozialdemokratischen Gesangsverein leiten würde und dass es von sich aus keinen Anlass zum Einschreiten habe, da es in der Hand der Ortsschulbehörde und des Gemeinderats liege, das Schulkollegium dem Gesangsverein zu verbieten.

[...]

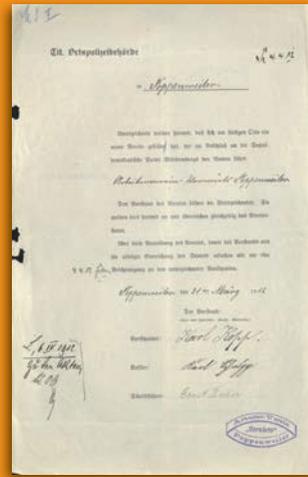
1903 – Oßweil:
Die Sozialdemokratie ist aktenkundig



Die Sozialdemokratische Partei hat im Jahr 1903 keine Tätigkeit entfaltet, die irgendwelche Maßregeln gegen die Partei notwendig gemacht hätte.
Die Zahl ihrer Anhänger hat hier, soweit sich beurteilen lässt, nicht besonders zu- oder abgenommen; der Einfluss dieser Partei hat sich hier anscheinend nicht nennenswert verstärkt. Bei der letzten Reichstagswahl hat die Partei wohl eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt, die aber nicht von hier, sondern von Stuttgart [...] ausgegangen scheint.

[...]

1912 – Poppweiler:
Der „Arbeiterverein Vorwärts Poppweiler“ wird gegründet.



1894: Die württembergische Regierung will die Sozialdemokratie bekämpfen

In einem zunächst geheimen Erlass versucht die Regierung des Königreichs Württemberg, Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu mobilisieren – die SPD-Zeitung „Schwäbische Tagwacht“ enthielte das Papier:

„Bei dem Anwachsen der Sozialdemokratie ist es dringend notwendig, dass, abgesehen von den politischen Repressionsmaßregeln, auf die innere Bekämpfung der Sozialdemokratie hingewirkt wird. [...] Zur innerlichen Überwindung der Sozialdemokratie bedarf es des Zusammenwirkens und der andauernden planmäßigen Tätigkeit der Wohlgesinnten aus allen Kreisen der Bevölkerung. [...]

„Bei dem Anwachsen der Sozialdemokratie ist es dringend notwendig, dass, abgesehen von den politischen Repressionsmaßregeln, auf die innere Bekämpfung der Sozialdemokratie hingewirkt wird. [...] Zur innerlichen Überwindung der Sozialdemokratie bedarf es des Zusammenwirkens und der andauernden planmäßigen Tätigkeit der Wohlgesinnten aus allen Kreisen der Bevölkerung. [...]

In der Zeit des Sozialistengesetzes:
Sozialdemokraten verteilen in Ludwigsburg „Druckschriften“ an Soldaten



Die fraglichen Drucksachen sind
„Der Sozialdemokrat“
„Die rote Pickelhaube“
„Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“



7. Dezember 1891
betreffend: Die Verbreitung verbotener Druckschriften unter den Truppen, insbesondere in der Garnison Ludwigsburg.

[...] Nach den von der unterzeichnenden Stelle requirierten gerichtlichen Akten ist gegen den 26 Jahre alten, ledigen Kaufmann Bernhard Hammer von Riedlingen wegen Verbreitung eines Teils der verbotenen Druckschriften, welche am 17. Oktober des laufenden Jahres verschiedenen Militärpersonen in Ludwigsburg zukamen, gerichtliche Untersuchung beim königlichen Amtsgericht hier anhängig.

[...]

Geheime Polizeiberichte:
Die Königliche Regierung des Neckarkreises wird über die Aktivitäten informiert.



1891 –
2016

Gewählt – in Ortsverein, Gemeinderat und Parlamenten:

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

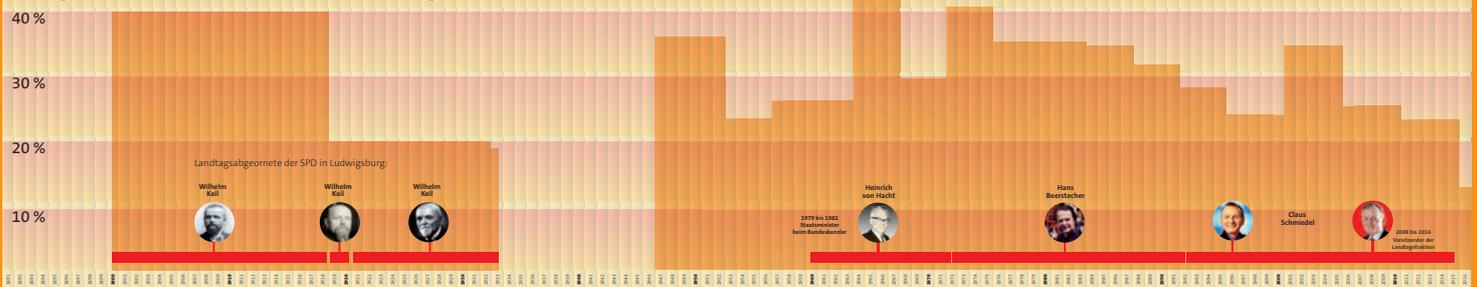
Vorsitzende der SPD in Ludwigsburg:



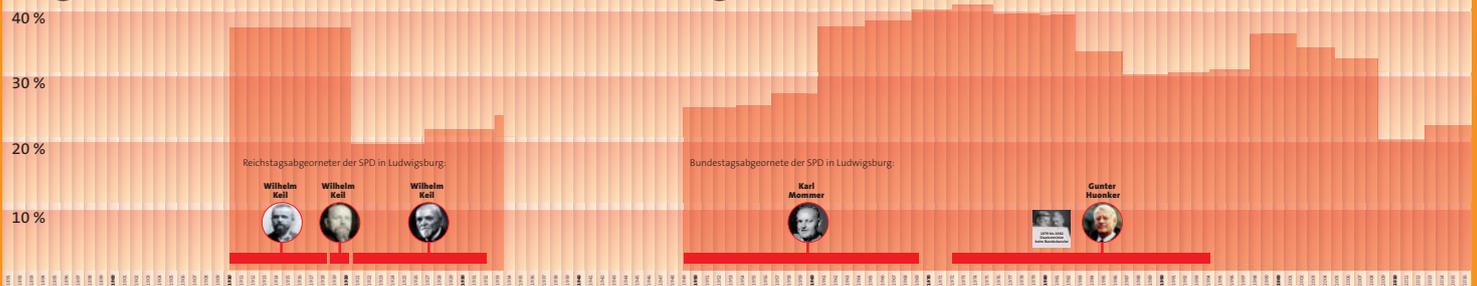
Ergebnisse bei Gemeinderatswahlen:



Ergebnisse bei Landtagswahlen:



Ergebnisse bei Reichs- bzw. Bundestagswahlen:



Der Übersichtlichkeit halber übergehen wir hier die Wahlergebnisse für:



Kreistag



Regional-
versammlung



Europa-
parlament

1932
1933

Nazi-Terror in Ludwigsburg richtete sich auch gegen Sozialdemokraten

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



In der Ludwigsburger Musikhalle:

Nazi-Rauchbombe gegen Philipp Scheidemann

Als 1918 das Kaiserreich zusammenbrach, hatte Philipp Scheidemann in Berlin die Republik ausgerufen – ein historischer Moment für Deutschland und die Demokratie. Im Landtagswahlkampf 1932 kam der begeisterte Redner nach Ludwigsburg. In der Musikhalle machte er sich vor über 1.000 Menschen für die Sozialdemokratie stark. Mehrere Dutzend örtliche Nazis hatten sich unter das Publikum gemischt, um die Veranstaltung massiv zu stören. Sie wurden von der Polizei aus dem

Saal gebracht. Offensichtlich hatten Nazis auch eine Rauchbombe mit Zeitzunder in der Nähe der Bühne deponiert, um Panik zu erzeugen. „Die Versammelten ließen sich aber nicht „ausräuchern“, sondern hielten in bewundernswerter Ruhe aus und als der Saal entlüftet war, konnte die Versammlung nunmehr ungestört ihren Fortgang nehmen“, meldete die sozialdemokratische Ludwigsburger Zeitung „Neckarpost“.

Nationalsozialistischer Bombenanschlag auf die Scheidemannversammlung

Die von der Eisernen Front auf gestern abend einberufene öffentliche Kundgebung gestaltete sich zu einem wichtigen Aufbruch zum württembergischen Landtagswahlkampf. Schon vor 8 Uhr war der große Festsaal des Bahnhofs überfüllt, aber noch immer strömten weitere Versammlungsbefucher herbei, die sich mit einem Stekplatz in dem vor dem Festsaal gelegenen Bürgersaal begnügen mußten. Es mögen wohl etwa 1000 bis 1200 Versammlungsbefucher gewesen sein. Die Nazis hatten ihre Aufzündung, daß sie mit allen Mitteln die Versammlung stören und so dem Scheidemann besorgten die Fortsetzung der Versammlung unmöglich zu machen versuchten. Die Nazis hatten ihre Aufzündung, daß sie mit allen Mitteln die Versammlung stören und so dem Scheidemann besorgten die Fortsetzung der Versammlung unmöglich zu machen versuchten. Die Nazis hatten ihre Aufzündung, daß sie mit allen Mitteln die Versammlung stören und so dem Scheidemann besorgten die Fortsetzung der Versammlung unmöglich zu machen versuchten.

Stadträte der SPD: Vom Rathaus ins KZ

In der Gemeinderatssitzung am 4. Mai 1933 ließ der Ludwigsburger NSDAP-Chef Ferdinand Ostertag den SPD-Fraktionsvorsitzenden Alfred Tischendorf von einem SS-Mann rechtswidrig verhaften. Tischendorf wurde danach für einige Zeit ins KZ Heuberg gesperrt. Die gewählten SPD-Stadträte sahen sich gezwungen zurückzutreten. Drei weitere wurden, wie auch einzelne andere Genossen, zeitweise ins KZ gesperrt.

Ludwigsburger Gewerkschafter: Die SPD hatte die Nazis unterschätzt

Eugen Ochs, der von 1955 bis 1970 die IG Metall-Verwaltungsstelle in Ludwigsburg leitete, war von den Nazis ins KZ Buchenwald gesperrt worden. In seinen politischen Erinnerungen schrieb er:



„Die Sozialdemokraten und die von ihnen geführten Gewerkschaften meinten noch immer, die Nazis könnten sich nicht lange halten und würden bald wieder aufgeben [...]. Deshalb forderten die Gewerkschaften die Arbeiter auf, am 1. Mai 1933 an den von den Nazis organisierten Maifeiern teilzunehmen. Nur einen Tag später, am 2. Mai 1933, bekamen sie die Mitteilung. Die Gewerkschaftshäuser wurden von den Nazis besetzt, die Gewerkschaften zerschlagen.“



- Eugen Megerle
- Alfred Tischendorf
- Heinrich Schweitzer
- Wilhelm Kopp

1945 ...

Die Ludwigsburger SPD nach dem Ende der Nazi-Diktatur

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Am Sonntag den 21. Oktober, vorabtags 1/11 Uhr wird
Innenminister Fritz Ulrich
 im Zentralfestsaal sprechen über
Demokratie und Sozialismus.
 Die gesamte Einwohnerschaft der Stadt und des Kreises Ludwigsburg ist
 zu diesem Vortrag eingeladen.

Aufruf an alle Schaffenden in Stadt und Land!
 Der vorbereitende Ausschuss zur Gründung neuer
Allgemeiner Deutschen Arbeiterpartei
 ladet alle Interessenten auf **Samstag, den 20. Oktober 1945** zu einer
 Besprechung in dem Bärensaal, Ludwigsburg, vordere Schloßstraße 9
 nachmittags 1/4 4 Uhr ein.

**Konstituierende
 Parteiversammlungen**
 in Ludwigsburg nächsten Samstag und Sonntag

In zwei überfüllten Versammlungen in Ludwigsburg kamen am Samstag die Freunde der neugegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterpartei und am Sonntag die Sozialdemokratische Partei zusammen. Einen der Wichtigkeit dieser Versammlungen für die Gestaltung unserer zukünftigen politischen Lage entsprechenden ausführlichen Bericht bringen wir aus technischen Gründen erst voraussichtlich in der Samstag-Nummer der „Amtlichen Nachrichten“. Heute sei nur mitgeteilt, daß die konstituierenden Versammlungen — also Wahl der Vorstände und Ausschüsse, Eintragung der Mitglieder usw. — wie folgt stattfinden:

Allgemeine Deutsche Arbeiterpartei: Samstag, den 27. Oktober 1945, 15 Uhr, im Saal der Bärenschule, Ludwigsburg, Vordere Schloßstraße 9.
 Sozialdemokratische Partei: Sonntag, den 28. Oktober 1945, 14 Uhr, im gleichen Saal.

An alle Frauen Ludwigsburg!

Öffentliche Wahlversammlung

Montag, den 24. Juni 1945, abends um 20 Uhr im Bärensaal (Rotes Kreuz). Es spricht:
Erika Buchmann, Gemeinderätin Stuttgart
Christine Evert, Gemeinderätin Ludwigsburg

Die Frauenversammlung wird umrahmt von Rezitationen und musikalischen Beilagen von der Pianistin Handarmonika-Spielerin **Evelin Frauen** begleitet. Kommt deshalb Alle! Freie Aussprache! Eintritt frei.
K. P. D. u. S. P. D. Ortsgruppen Ludwigsburg.



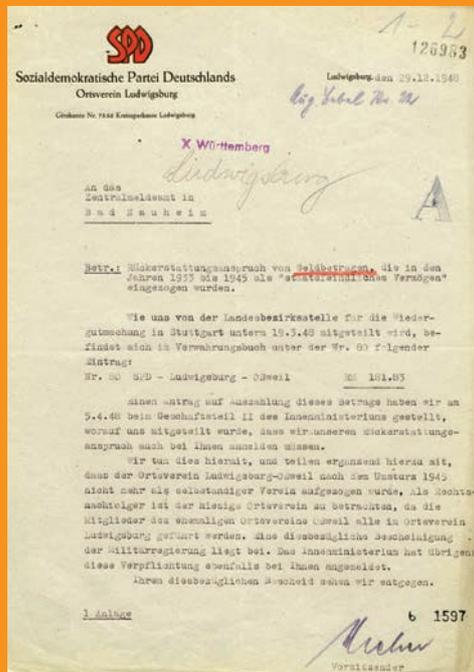
Die Erfahrungen der politischen Linken waren niederschmetternd gewesen: Erfolgreichen Widerstand gegen das Nazi-Regime hatten sie alle nicht organisieren können: Sozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten, Kommunistische Partei (Opposition) und die moskautreue Kommunistische Partei, ebenso hatten die Gewerkschaften vor dem zerstrittenen Zustand der linken Parteien keine Möglichkeit, ihre stärkste Karte zu ziehen: Generalstreik. Als das Terrorregime mit Hilfe des Reichspräsidenten Hindenburg an die Macht kam, hatte es keinen ernst zu nehmenden Gegner vorgefunden.

Die Ideen der Menschen an der Basis, die den NS-Staat überlebt hatten, waren teils grundlegend: Eine neue, einheitliche politische Kraft wollten etliche fortschrittlich und humanistisch gesinnte Menschen in Ludwigsburg ins Leben rufen: Eine „Allgemeine deutsche Arbeiterpartei“, darunter namhafte Mitglieder der einst verbotenen SPD (Heinrich Schweitzer und Eugen Megerle) und KPD (Karl Weippert). Rund 300 Interessierte kamen zur oben angekündigten Informationsveranstaltung. Das Projekt einer gemeinsamen Kraft, unabhängig von Weisungen aus dem Ausland, weckte Neugier.

Die Wirklichkeit reichte nicht so weit wie die Phantasie: Das Misstrauen gegen Aktive aus der Kommunistischen Partei war bei vielen Sozialdemokraten riesig. Einem Zwangssystem, wie es mit dem Namen Stalin verbunden war, wollte niemand den Weg ebnen. Auch linientreue Kommunisten aus der von der UdSSR besetzten Ost-Zone Deutschlands gaben Befehl, eine fortschrittliche Einheitspartei zu verhindern, berichtet Irmgard Knoll im Buch „100 Jahre SPD Ludwigsburg“. Die Neugründung der SPD unter bekanntem Namen und mit teils bekanntem Mitgliederspektrum war die Folge.

Als „staatfeindliches Vermögen“ ...

... hatten die Nazis 181,53 Reichsmark vom SPD-Ortsverein Ludwigsburg-Oßweil beschlagnahmt. Der Ludwigsburger Ortsverein, in dem die Oßweiler Organisation aufgegangen war, forderte das Geld 1949 zurück und bekam im Oktober 1953 durch einen Vergleich im Rahmen einer Sammelklage Recht.



**Die Sozialdemokratische Partei
 des Kreises Ludwigsburg**
 hält am Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Bärensaal, Vordere Schloßstraße 9, ihre
Gründungsversammlung
 ab. Alle Frauen und Männer der Stadt und des Kreises Ludwigsburg, die für Demokratie und Sozialismus wirken wollen, sind eingeladen.

Amtliche Mitteilungen, Oktober 1945

Weitgehend zerstört: Ludwigsburg nach dem Zweiten Weltkrieg



1930 –
1972

■ Informieren ● Diskutieren
▶ Überzeugen ♥ Begeistern

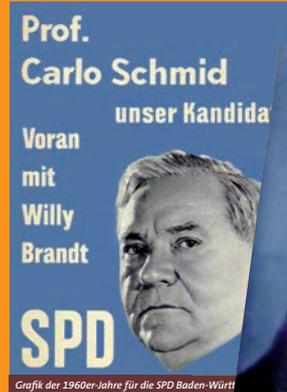
125 Jahre SPD in Ludwigsburg



1893 waren Einladungen zu Versammlungen eher standardisiert...



Moderne Botschaften und Methoden im Landtags-Wahlkampf 1968



Grafik der 1960er-Jahre für die SPD Baden-Württemberg



...und den Ludwigsburger Landtagskandidaten Heinrich von Hacht

Heute schon an morgen denken
der **SPD** Vertrauen schenken!

In geheimer Sitzung wurden die Omnibusfahrpreise erhöht. In geheimer Sitzung legte der Gemeinderat viel zu oft. Eine starke SPD wird jedoch mit der Geheimpolitik Scheiß machen. Sie hat das Ohr des Bürgers nicht zu scheuen. Sie ist die Partei des Gemeinwohls.

Die Kandidaten der SPD stellen sich vor:
heute, Mittwoch, 31. Oktober, 20 Uhr
● in Obweil, „Lamm“
am Freitag, 2. November, ja 20 Uhr
● im Stadtbezirk West, „Alleenhof“
● im Stadtbezirk Ost, „Karpfen“

Wer seine Stadt liebt, kann nur das Beste für sie wollen
**Ludwigsburg ist gut beraten,
wählt es Sozialdemokraten!**

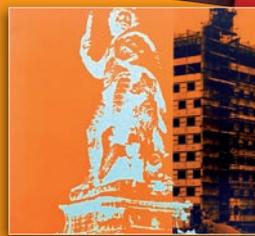
Interessante Reime und Metaphern in einer Zeitungsanzeige vor der Gemeinderatswahl 1964.



1968 wurden Wahlplakate auch auf professionellen Flächen veröffentlicht.



Einer der klügsten Köpfe der Partei im Bundestagswahlkampf 1969 im Kreis Ludwigsburg: Ehard Eppler vor einer nicht im Bild überlieferten Zuschauermenge



Mit uns die Zukunft bauen

Beim „Zukunft bauen“ auf dem Prospekt zur Gemeinderatswahl 1968 gab es keine Scheu vor Bildern von Betonbauten.



Die Distanz zwischen Redner und Publikum war sicherlich nur räumlich...



1976 feiern und diskutieren aktive SPD-ler/innen auf dem Eglosheimer Kellerplatzfest.



Harte Plakat-Konkurrenz im Bundestags-Wahlkampf 1972

Marktplatz-Aktion mit Suppe zur Landtagswahl 1972.
Motto: „Die Suppe, die Ihnen die SPD einbrockt, können Sie unbedenklich auslöffeln.“
Aber auch: „Politik für den Frieden.“



Plakat im Bundestags-Wahlkampf 1972



1972 –
2016

■ Informieren ● Diskutieren
▶ Überzeugen ♥ Begeistern

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



... und Guenter!

Der Schriftsteller Günther Grass machte in der sozialdemokratischen Wählerinitiative Werbung für Gunter Huonker.

Da waren die Mitglieder gefordert – und sie packten an: In den Bundestags-Wahlkämpfen seit Beginn der 1980er-Jahre produzierte die SPD bundesweit jeweils mehrere Ausgaben der „Zeitung am Sonntag“ (ZaS), deren bundespolitische Inhalte durch regionale Meldungen ergänzt wurde.

Am frühen Sonntag Morgen wurden Tausende von Exemplaren abgeladen: beispielsweise vor der SPD-Kreisgeschäftsstelle in der Ludwigsburger Schillerstraße. Dann luden die Frühaufsteher/innen (oder die Durchmacher/innen) sich ihr Päckchen ein und verteilten es im vorher vereinbarten Bezirk.

Die Aufmerksamkeit war groß, wie weit die Wahlergebnisse durch die ZaS entscheidend beeinflusst wurden, ist nicht letztlich bekannt...



Beharrlichkeit und Humor sind unentbehrlich, wenn's im Wahlkampf wie hier 1992 regnet.



1997: Politische Diskussion in Neckarweihingen



Jahresfeier 1998



Infostand zur Bundestagswahl 1983



1. Mai 2002 auf dem Ludwigsburger Marktplatz



Wahlkampf zur Bundestagswahl 2004



Energiepolitischer Vortrag mit Thomas Knapp MdB im „Haus der SPD“ 2010



Spaß am Sport und ein verwegenes Wortspiel kamen zusammen, als der „StaMi-Cup“ aus der Taufe gehoben wurde: Über mehrere Jahre trugen Amateur-Teams ein Fußballturnier aus, das nach dem Amt des Ludwigsburger SPD-Bundestagsabgeordneten Gunter Huonker benannt war: Als **Staatsminister** beim Bundeskanzler stiftete er den Pokal. Klanglich verbalhorte der Name eine der erbittertsten Diskussionen der Linken: Die **Stamokap-Debatte**, die den Staat als Handlanger des Monopolkapitalismus einstufte.



Sommerfest der SPD 2014 in der Fußgängerzone



Immer wieder scheint durch, dass auch Arbeiter-Radsportvereine zu den Ahnen der SPD gehören – so wie hier 2004 in Eglosheim steigen Sozialdemokraten immer wieder begeistert in die Pedale.



Sommerfest der SPD 2015 auf der Härtencker Höhe



Informationsstand zur Gemeinderatswahl 2014



1891 –
2016

Mit Druck und Nachdruck: Medienarbeit im Alltag

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



Lindenstraße 23 – hier war die „Neckarpost“ zuhause.



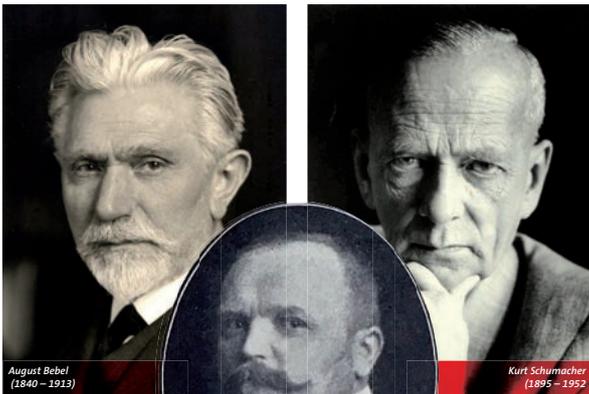
WISSEN ist MACHT ...
... oder wenigstens **MACHT** es Hoffnung,
wenn man Wissen unter
die Leute bringen kann.

Die Geschichte der SPD in Ludwigsburg war immer auch die Geschichte vom Bestreben, wichtige Informationen unter die Menschen zu bringen, sie zu erreichen, überzeugen, bewegen.
Da ist es kein Zufall, dass hier schon früh die „Neckar-Post“ herausgegeben wurde: In der Hauptsache war das die „Schwäbische Tagewacht“ aus Stuttgart, angereichert mit Informationen aus Ludwigsburg in einer eigenen Rubrik.



125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Wilhelm Keils ganz eigener Sinn



Wilhelm Keil, 1870 geboren, gelernter Drechsler, ab 1896 Redakteur bei der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart und erfolgreicher SPD-Kandidat für Landtag und Reichstag in Ludwigsburger Wahlkreisen, ist vermutlich er einzige Mensch, der sowohl August Bebel als auch Kurt Schumacher zur Weißglut treiben konnte. Beide waren SPD-Vorsitzende und wurden Opfer von Keils ganz eigener Art, Politik zu betreiben.

Wilhelm Keil taktierte und paktierte, um in der Nähe der politischen Gegner mehr zu erreichen, als es ihm von einer klar sozialdemokratischen Position aus möglich schien. Ein Beispiel: Die SPD beschloss in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts, in den Landtagen des deutschen Reichs gegen die Haushalte der Regierungen zu stimmen. Um aber das politische Klima zwischen Sozialdemokraten und Königlich Württembergischer Regierung im Vorfeld des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart freundlich zu gestalten, ließ Keil seine Fraktion im Landtag dem Haushalt von 1907 zustimmen. August Bebel tobte: „Was in aller Welt fiel Eurer Fraktion ein, für das Budget zu stimmen! Soll das eine besondere Begrüßung für den Internationalen Kongress sein?“

Als der politisch schwache Kaiser Wilhelm II. Deutschland in die große Katastrophe trieb, die man später den Ersten Weltkrieg nannte, stimmte Wilhelm Keil als Reichstagsabgeordneter den Kriegskrediten und den wirtschafts- und sozialpolitischen Ermächtigungsgesetzen aus tiefster Überzeugung zu.

Nachdem dieser Krieg für Deutschland verloren und revolutionäre Stimmung ent-

standen war, bremste Keil mit der hinter ihm stehenden „Mehrheitssozialdemokratie“ (von der sich die linken Kräfte abgewandt hatten) die Revolutionäre in Württemberg aus. Er bildete gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien eine Regierung.

Am 11. Mai 1933 veröffentlichte der „NS-Kurier“ einen Beschluss der damaligen Mitglieder des SPD-Landesvorstands Wilhelm Keil und Erich Roßmann: Sie wollten ihre Parteiämter niederlegen. Damit lösten sie die SPD in Württemberg organisatorisch auf und empfahlen den „Inhabern von Mandaten“, „ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, der weder einen Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung noch an dem guten Willen zulässt, die politische Neugestaltung Deutschlands nach den Plänen der nationalen Revolution zu unterstützen“.

Für Kurt Schumacher war diese Unterwerfungserklärung unfasslich – er gehörte zu den Autoren der SPD-Erklärung zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes von 1933 im Reichstag, er weigerte sich, eine Erklärung zum Verzicht auf politische Betätigung zu unterschreiben. Dafür kam er von Juni 1933 an für über neun Jahre in verschiedene Konzentrationslager.

Wilhelm Keil baute unterdessen im nazi-dominierten Ludwigsburg 1938 ein profitables Mietshaus und wurde politisch erst wieder aktiv, als der braune Terror ohne sein Zutun beendet war. Er durfte ein „Antinazi-Komitee“ gründen, wurde Vorsitzender der Landrätekonferenz und Präsident des Parlaments von Württemberg-Baden. Er rettete sein Bild als ehrwürdiger Sozialdemokrat in viele Geschichtsbücher.

Schmerzhafter Generationswechsel



„Mit den jetzt eingeleiteten und bereits praktizierten Maßnahmen, die Arbeitnehmer stärker für die SPD zu interessieren, werde für die SPD in Ludwigsburg das Terrain wiedergewonnen, das während der Amtsführung von Dr. Karl Mommer und Heinrich von Hacht verlorengegangen sei.“

Mit harten Bandagen wurde zu Beginn der 1970er-Jahre ein Generationswechsel bei den Kandidaten für Land- und Bundestag aus dem Raum Ludwigsburg ausgekämpft. Den beiden langjährigen Abgeordneten Karl Mommer (Bundestag) und vor allem Heinrich von Hacht (Landtag) wurde vorgeworfen, durch die Erfolge der Vergangenheit den Bezug zu SPD-Themen verloren zu haben. Der Ortsvereinsvorstand mit Dieter Schöpp, Heinz Rudi Weller (dem das obige Zitat zugeschrieben wurde) und Dr. Wolfgang Schmierer führte die Diskussionen mit formaler Strenge:

Die Entscheidung von Heinrich von Hacht wird respektiert. Seine Verdienste für die SPD und den Ortsverein Ludwigsburg werden anerkannt. In der durch seinen Rücktritt von weiteren Kandidaturen geschaffenen Situation hatten der Kreisvorstand und der Ortsvereinsvorstand rasch zu reagieren und die Partei vor weiterem Schaden zu bewahren.

Die gemeinsame Erklärung von geschäftsführendem Kreisvorstand, Ortsvereinsvorstand und Jungsozialistenkreisvorstand wird daher vom Ortsvereinsausschuß und von der Gemeinderatsfraktion gebilligt.

Alle Mitglieder des Ortsvereinsausschusses und der Gemeinderatsfraktion verpflichten sich, in ^{dieser Sache} Zukunft als Einzelpersonen oder Gruppen keine weiteren Erklärungen in der Öffentlichkeit abzugeben. Das Recht von Ortsvereinsvorstand, Ortsvereinsausschuß und Fraktion zur Abgabe von Erklärungen als ~~Organe der Partei~~ wird dadurch nicht berührt.

Die neuen Kandidaten (Hans Beerstecher für den Landtag und Gunter Huonker für den Bundestag) erreichten gute Wahlergebnisse und wurden ihre Arbeit im jeweiligen Parlament wurde allseits gut bewertet.

Die Art, wie der Konflikt ausgetragen worden war, hinterließ jedoch für lange Zeit Narben im allgemeinen Gedächtnis des Ortsvereins.

Elga Burkhard,

1980 auf der Liste der SPD in den Gemeinderat gewählt, vertrat immer häufiger Positionen, die von der Fraktionsmehrheit abweichen und war nicht bereit, Mehrheitsbeschlüsse mitzutragen. Dafür beanspruchte sie den Fraktionsvorsitz für sich. Seit längerem tritt sie nun mit einer eigenen Liste bei Gemeinderatswahlen an.

Jörg Tauss,

lange Zeit in Neckarweiheingen zuhause, saß als Abgeordneter eines Karlsruher Wahlkreises im Bundestag, als ihm der Besitz kinderpornografischer Materials vorgeworfen wurde. Seine Erklärungen, das Material habe der Aufspürung krimineller Händler gedient, verhinderte weder Anklage noch 2009 den Rücktritt vom Amt, ebenso nicht den Parteiaustritt.

Gisela Fuchs,

Stadträtin, trat 2010 zurück, weil sie unrechtmäßig Gelder zum Überbrücken von Schulden eines Angehörigen verwendet hatte. Persönliche Bereicherung war ihr nicht vorzuwerfen, zuletzt hat sie alles zurückbezahlt.

1949 –
2016

Politik gestalten – vor Ort und ruhig auch darüber hinaus!

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Politik lebt vom Mitmachen – zum Beispiel in der SPD Ludwigsburg.

SPD Ludwigsburg: Nein zu amerikanischen Raketen

Ortsverband eröffnete Diskussion über Antrag des Landesverbands zur Nachrüstungspolitik

Die Frage einer möglichen Stationierung amerikanischer Mittelstreckentrakten in der Bundesrepublik diskutierte die Ludwigsburger SPD. Der stellvertretende Landesvorsitzende der baden-württembergischen SPD, Uli Hauser, der auch Vorsitzender der Kommission „Frieden und Abrüstung“ beim Landesverband ist, stellte als Referent heraus, dass sich die Bedingungen, unter denen ein solches Vorhaben gelte, in der Position der SPD zu bestimmen: „In Ludwigsburg ein klares „Nein“.“

Der Vorsitzende des SPD-Ortsverbands, Michael Faber, betonte ebenfalls, dass die Ludwigsburger Sozialdemokraten den NATO-Doppelbeschluss schon immer als Instrument gesehen haben, um die Aufrüstung neuer Mittelstreckentrakten zu verhindern. „Mit diesem Doppelbeschluss war der bedeutsame Sachverhalt gegeben, dass auf die strategische SRS-Behaltung nicht einfach mit einer Gegenrüstung geantwortet wurde. Es wurde vielmehr der Versuch gemacht, über Verhandlungen zu einem Ergebnis zu gelangen, in dessen Licht die Frage einer Neustationierung auf westlicher Seite erst geprüft werden sollte.“

Landtagsabgeordneter Maier ist in seinen Darlegungen keinen Zweifel daran, dass er selbst schon seit 1979 zu dem in der SPD beherrschenden NATO-Doppelbeschluss, sollte er zum Zuge kommen, für beide deutschen Staaten zu nicht hinnehmbaren Konsequenzen führen würde. So hätte seienerzeit auch Bundeskanzler Schmidt darauf gedrängt, versetzte Systeme einzusetzen, damit nicht in Mittelstrecke Ziele entstanden, die zu nuklearen Schlägen Veranlassung geben könnten. Solche Ängste könnten in letzter Konsequenz die totale Vernichtung der betroffenen Länder bedeuten.

Wandel in den USA
Im einzelnen führte Maier auf, dass sich auf amerikanischer Seite seit dem Amtsantritt Präsident Reagan erhebliche Wandlungen vollzogen hätten. Neben dem erklärten Versatz die andere Seite „zuzusteuern“, stünde eine veränderte Militärstrategie. Die Diskussion in Amerika, wie nukleare Kräfte zu führen und zu gewinnen seien, beachtet er als insgesamt „ungeheuerlich“. Solchen Überlegungen antwortete er mit einem homogenen Nein! „Außerdem sollen die zugekauften Pershing Raketen da zu demontieren, Kommandosystemen und konventionellen Strukturfähigkeiten auszubauen. Dies senkt die nukleare Krisenbereitschaft für den

von Landesverband der SPD erarbeiteten Antrag zum Offenburger Parteitag am 26. September 1982 aus, der eine vollständige „Nein“ zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckentrakten in Deutschland enthält. Hierbei wurde dem ausgemacht entsprechenden Antrag der Jugendvertreter zugestimmt. Die Stellungnahme der Ludwigsburger SPD geht aus aus Beschlussfassung an die Kreiskonferenz, die am 13. Juni 1982 in Ludwigsburg über den Antrag zu entscheiden hat.

Was die Republik bewegt, wird auch im Ortsverein diskutiert – ein Beispiel aus dem Jahr 1983: Die Ludwigsburger SPD positionierte sich klar gegen die sogenannte Nachrüstung – selbst wenn in der Konsequenz die sozialliberale Koalition unter anderem daran scheitern sollte.



Auch ein guter Weg, sich zu engagieren: Für den Gemeinderat kandidieren. Acht von 40 wurden gewählt.



Ideen einbringen erwünscht: Claus Schmiedel mit einer Bürgerin an einem Infostand (1994)

Ein Marbacher als der lachende Dritte

Bei SPD kam mit Claus Schmiedel ein Wahlkreis-Fremder zum Zuge – Nun auch Parteichef?

„Der Marbacher Wahlkreis hat zugeschlagen“, kommentierte ein Kenner der sozialdemokratischen Szene im Landtagswahl-Wahlkreis Ludwigsburg die überraschende Nominierung von Claus Schmiedel zum Kandidaten für die baden-württembergische Landtagswahl. Ein Entschieden trift in einem Wahlkreis? In der Tat Claus Schmiedel, Erika Raupp und Siegfried Hörig über den Umweg der Zweitstanzwahl auch in die Kandidaturliste im Bundestagswahlkreis Neckar-Zaber hatte er sich voriges Jahr nicht beworben, weil unter normalen Umständen keine Absicherung auf der Landtagsliste zu erwarten gewesen wäre.“

Die Aufnahme im Hörig-Lager-Veranstaltungsort ist ein Zeichen für die Unterstützung der SPD durch die Bürger. Die Aufnahme im Hörig-Lager-Veranstaltungsort ist ein Zeichen für die Unterstützung der SPD durch die Bürger.

Landesparteitag der SPD im Oktober 2016 in Heilbronn



Landesparteitag der SPD im Oktober 2016 in Heilbronn

Nicht jeder, der sich politisch engagiert, landet im Bundeskabinett – Gunter Huonker ist es allerdings genau so passiert. Der Ludwigsburger SPD-Abgeordnete bei einer Sitzung 1980.



Nicht jeder, der sich politisch engagiert, landet im Bundeskabinett – Gunter Huonker ist es allerdings genau so passiert. Der Ludwigsburger SPD-Abgeordnete bei einer Sitzung 1980.

1891 –
2016

SPD Ludwigsburg: Wo Menschen sich begegnen



125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Aus dem Überwachungsbericht des Oberamts von 1893 für Ludwigsburg:

„Einen festen Zusammenschluss werden die Sozialisten hier wohl nicht finden, da sie in der Garnisonsstadt kein Lokal bekommen, das zu ihrem Mittelpunkt dienen könnte.“

Im kommenden Jahr:

„Die Anhänger der sozialistischen Lehre in Ludwigsburg konnten bisher in der Stadt selbst kein Lokal finden für ihre Versammlungen, deshalb haben sie sich im Oktober vorigen Jahres mit ihren Gesinnungsgenossen in Oßweil zu einem Verein zusammengeschlossen. Der Verein nennt sich *Sozialdemokratischer Arbeiterverein Oßweil-Ludwigsburg* und zählt etwa 60 Mann. Derselbe versammelt sich etwa alle 14 Tage, nur ausnahmsweise aber vollzählig.“

1895 dann:

„Der sozialdemokratische Verein Oßweil-Ludwigsburg hat in Oßweil seine besonderen abendlichen Zusammenkünfte. Dasselbst sind zwei Wirtschaften mit ausgesprochen sozialdemokratischem Charakter.“

Durch die Angst vor Militärverbot getrieben, haben die Wirte in Ludwigsburg den Sozialdemokraten bisher ihre Lokalitäten nicht zu öffentlichen Versammlungen eingeräumt.“



Im früheren Gasthaus „Eintracht“ am Reithausplatz war auch schon mal der Buchladen „Schwarzes Schaf“.



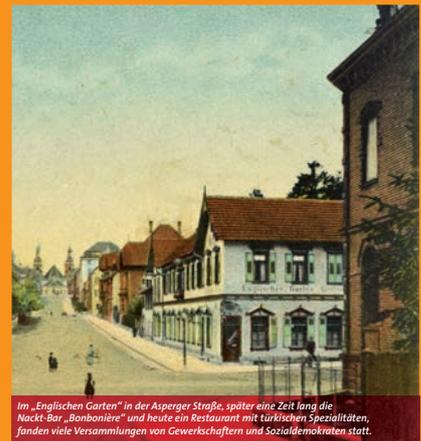
Häufig ist im SPD-Protokollbuch der Gasthof „Falken“ als Tagungsort genannt. Das Wappentier hängt heute noch da.



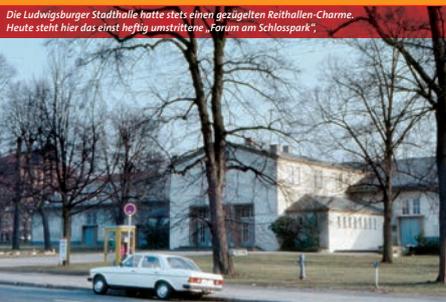
Die heutigen „Kronenstuben“ waren als „Piroshka“ ein beliebter Versammlungsort.



Die Gaststätte „Kurrie“ existiert nicht mehr. In den 1970er-Jahren war sie fast das Wohnzimmer der SPD.



Im „Englischen Garten“ in der Aspinger Straße, später eine Zeit lang die Nackt-Bar „Bonbonière“ und heute ein Restaurant mit türkischen Spezialitäten, fanden viele Versammlungen von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten statt.



Die Ludwigsburger Stadthalle hatte stets einen gezügelten Reithallen-Charme. Heute steht hier das einst heftig umstrittene „Forum am Schlosspark“.



Eine Lösung der meisten Raumprobleme brachte 2007 das „Haus der SPD“ – ein ehemaliges Ladengeschäft in der Bärenstraße 5, gemeinsam von SPD aus Stadt und Kreis gemietet.



Für vielerlei Sitzungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen ist „die Bärenstraße“ geeignet.

1891 ...

Ludwigsburg war schon immer auch eine Einwandererstadt!

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Jusos Kreis Ludwigsburg

Syrische Flüchtlinge in Ludwigsburg

Veröffentlicht am 27.07.2014 in Arbeitsgemeinschaft

„Wenn alle Deutschen so tolerant wären wie die Eheleute Zaidan, würde das unserer Gesellschaft gut tun.“



Flüchtlinge berichten Jugendlichen und Gästen

Am Donnerstag, den 3. Juli, besuchte die Familie Zaidan aus Syrien, die Ludwigsburger Jusos und einige Gäste. Anschaulich berichteten sie über ihre Flucht und ihr Leben in Markgröningen. An den Bürgerkrieg erinnern sie sich nur ungern zurück, ihre Heimatstadt Homs sei völlig zerstört. Auch ihre Verwandten sind aus Syrien geflohen. Frau Zaidan bemerkte, es könne bis zu 50 Jahre gehen, bis sich die Situation in Syrien beruhigt und stabilisiert hat.

„Deutschland ist sehr schön“, meinte Frau Zaidan, nachdem sie ihre Flucht beschrieben hatte, die sie über den Libanon, die Türkei und schließlich Karlsruhe geführt hatte. Nach 3 Monaten Aufenthalt in Karlsruhe wohnt Familie Zaidan, mit ihren beiden Kindern, seit 6 Monaten in Markgröningen. Dort sind sie gut aufgenommen worden und beteiligen sich intensiv am gesellschaftlichen Leben. Momentan halten die Zaidans Ramadan, trotzdem meinte Frau Zaidan: „Ich gehe jeden Sonntag in die Kirche. Hier würde ich gut aufgenommen.“ Auf Rückfragen, wie es in ihrer Heimat war, erzählte sie, dass „in Homs die Kirche neben der Moschee stand, das war nie ein Problem.“ David Hofer, AG-Vorsitzender, bemerkte: „Wenn alle Deutschen so tolerant wären wie die Eheleute Zaidan, würde das unserer Gesellschaft gut tun.“

Gut gemeinsam leben

SPD unterstützt die Arbeit des Integrationsbeirats

Damit über 80.000 Menschen unterschiedlichster Herkunft in einer Stadt wie Ludwigsburg friedlich und gut zusammen leben können, braucht es klare Konzepte. Die SPD-Fraktion im Ludwigsburger Gemeinderat engagiert sich daher unter anderem im Ludwigsburger Integrationsbeirat.

Dort werden die Schwierigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert, die eine Eingliederung erschweren – beispielsweise bei der Kindererziehung oder in der Schule. Im Integrationsbeirat werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie Jugendliche mit Migrationshintergrund eine Berufsausbildung erfolgreich abschließen können.

Weitere kommunale Arbeitskreise und Arbeitsgruppen tragen dazu bei, dass Menschen mit Migrationshintergrund – gerade auch in der sogenannten dritten und vierten Generation – ihren festen Platz in der örtlichen Gesellschaft finden können. Insbesondere in den Bereichen „Kommunale Kriminalprävention“ und „Bildung und Betreuung“ sind schon vor mehreren Jahren in Ludwigsburg vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Interessierte mit und ohne Migrationshintergrund geschaffen worden.

Stadtblatt 2008

Vorwärts Ludwigsburg, Mai 2010



Gruppenbild mit dem Landtagsabgeordneten Claus Schmiedel und Andrea Vogt vom SPD-Ortsverein

Eine lange Warteliste und zu wenig Geld für die Sprachförderung

SPD informiert sich im Kinderhaus in der Oststadt

Hervorragende Arbeit unter schwierigen Bedingungen sahen Interessenten aus der Ludwigsburger SPD, als sie das evangelische Friedrich-Fröbelhaus in der Oststadt besuchten – eine Warteliste mit 70 Kindern und häufig abgelehnte Anträge auf Sprachförderung ließen die Politiker hellhörig werden. Offensichtlich ist die geleistete Arbeit sehr attraktiv und offensichtlich fehlt es entscheidend am Verständnis für die Bedeutung sprachlicher Integration bei der Landestiftung.

Das Kinderhaus in der Brünnenstraße kümmert sich um bis zu 78 Kinder im Alter von zwei bis zehn Jahren. Viele von ihnen erhalten vollwertiges Mittagessen und anschließende Hausaufgabenbetreuung.

Individuelle Gespräche, Elternseminare und Gewaltprävention wirken sich positiv auf die Entwicklung und Eigenständigkeit der Kinder aus, stellen die Erzieherinnen fest.

Allerdings stoßen Erzieherinnen und Praktikanten zeitlich und inhaltlich an ihre Grenzen, viele Fördermaßnahmen erfordern viel Bürokratie, die

zu Lasten der Kinder geht und dazu selten erfolgversprechend ist, wie die Ablehnung des langwierigen Antrags auf Sprachförderung durch die Landestiftung verdeutlichte.

Claus Schmiedel war empört, dass über die Hälfte der beantragten Sprachförderungen abgelehnt wurden. Er forderte mehr Personal für bessere Sprachfähigkeit und Integration.

„Der Ausbau des Dachgeschosses muss jetzt schnell voran gehen, damit das Kinderhaus um eine Krippengruppe erweitert werden kann“, so die Forderung der SPD.



Serpil Esenler

Anestis Moutafidis

Giuseppe Avena

Ecaterini Amanatiadou

Manche unserer Kandidatinnen und Kandidaten für den Ludwigsburger Gemeinderat wissen aus der eigenen Familiengeschichte, was Migration und Integration bedeuten (hier Bilder aus den Broschüren von 1999 und 2004).

23. April 1981, Ludwigsburger Kreiszeitung

Ausländer wollen als Mitbürger akzeptiert werden

Veranstaltung der Ludwigsburger SPD zu Ausländerfragen – Gegen getrennte Schulklassen

Ein breites Thema stand im Mittelpunkt der SPD-Mitgliederveranstaltung, an der auch Interessierte und Beobachter eingeladen waren. Schließlich geht es bei der Frage „Ausländer“ um politische und persönliche emotionale Wogen. Immer häufiger, so wie im Rahmen der Veranstaltung, äußern sich Ausländer über ihre Situation in der SPD in erster Linie Menschen sein.

Schärfel gehen man mit großer Selbstverständlichkeit. Inzwischen, jedoch sehr unterschiedlich, werden auch in anderen Lebensbereichen. Vorzüge von Toleranz sind die Handlungsfelder eines demokratischen und der Frage nach der Verantwortung und der Verantwortung der Ausländer. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem.

„In der Initiative, Diskussion steht die Verantwortung der Ausländer. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem.“

Von engagierten und leidenschaftlichen Teilnehmern der Veranstaltung wurden zahlreiche Probleme angesprochen, die für die fast 19.000 Bürger der Kreisstadt gerade eine besondere Bedeutung haben. An erster Stelle stand jedoch die Frage, ob die Verantwortung der Ausländer nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem ist.

Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem.

Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem.

Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem.

Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Verantwortung der Ausländer ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem.

2010 / JUSOS IN DER SPD Oktober 2012



Für die Ludwigsburger Stolperstein-Initiative auf dem Höhepunkt der achtjährigen SPD-Ortsvereine Ludwigsburg ist zu gemeinsamen Wahlen und Aktionsbeirat für die Kreisstadt.

Gemeinsam wachsen gegen Intoleranz und Fremdenhass

Die Ludwigsburger Jusos beteiligen sich seit Jahren an antifaschistischen Kundgebungen und Demonstrationen. So auch am 2. Oktober 2010 in Ludwigsburg eine Kundgebung und Konzert von „Rock gegen Rechts“. Gemeinsam mit einem breiten Bündnis verschiedener antifaschistischer Gruppierungen zogen sie durch die Innenstadt, um ein Zeichen gegen rechte Gewalt zu setzen.

Mit 150 Personen (Schätzung LKZ) machten sie auf rechte Gewalt in Deutschland aufmerksam. Nach Angaben der Polizeidirektion Ludwigsburg ist 2009 die Zahl politisch motivierter Straftaten aus dem rechten Spektrum im Kreis auf 60 gestiegen. In den vergangenen Jahren lag diese Zahl zwischen 40 und 55. Nach Meinung der Jusos sind diese Zahlen für unsere Stadt Ludwigsburg nicht akzeptabel.

Der erste Zwischenstopp wurde am Synagogenplatz eingelegt. Hier erinnerte Jochen Faber von der Ludwigsburger Stolperstein-Initiative an die fatalen Folgen des intoleranten und gewalttätigen Regimes der Nazis. Er warnte vor heutigen „rechtsradikalen Dampfbröcken“, die im Internet beispielsweise dazu aufrufen, Teilnehmer der Rock-gegen-Rechts-Aktionen zu fotografieren die Bilder und mit Name und Adresse den Rechtsradikalen zu schicken.

„Nur gegen totalitäre Tendenzen zu sein, ist auf die Dauer aber zu wenig“, so Faber. Er rief zum gemeinsamen Engagement für Toleranz und Menschenrechte auf.

Anschließend zog die demonstrierende Menge Richtung Marktplatz. Hier machte Konrad Ott, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Ludwigsburg, auf zunehmende Aktivitäten und Straftaten von Neonazis aufmerksam. Das Ende wurde durch eine Abschlusskundgebung der Antifa und ein „Rock gegen Rechts“-Konzert mit mehreren Bands im Demokratischen Zentrum abgerundet.

Bei Passanten stieß das Anliegen auf große Zustimmung. Auch künftig werden sich die Jusos gegen Fremdenhass und Rassismus einsetzen.



Erläute Jusos unterstützen die Demonstration von „Rock gegen Rechts“, darunter David Scholtz, Reichsleiter Ludwigsburger SPD-Ortsvereine Ludwigsburg.

Weltoffenheit verträgt keine Fremdenfeindlichkeit. Die Einbindung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bereichert das gemeinschaftliche Leben. Wir unterstützen Einrichtungen, welche die Chancen für Kinder und Jugendliche ausländischer Eltern auf einen Schulabschluss und eine erfolgreiche Berufsausbildung verbessern.

1891 –
2016

Lebenqualität in Ludwigsburg – für alle!

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Ludwigsburg schafft Platz für moderne Arbeitsplätze

SPD-Engagement zählt sich aus: Vom Auto-Zulieferer bis zur Film- und Medien-Branche fühlt man sich wohl in der Stadt



Die Filmdreharbeiten im neuen Studio auf dem Platz der ehemaligen Mühlenkornen, um die verfilmtenen Angestellte unter 20 Jahren. Die Firma BERU baut auf ehemaligen Mühlengebäude viele der Arbeitsplätze auf.

Vom Schlagwort bis zur Wirklichkeit kann es ein weiter Weg sein – damit in Ludwigsburg das Wort »Wirtschaftsstandort« mit konkreten Inhalten prall gefüllt ist, hat sich die SPD im Gemeinderat vehement eingesetzt. Die Erfolge können sich sehen lassen: Ludwigsburg bietet eine gesunde Mischung aus modernen und traditionellen Arbeitsplätzen, und Ludwigsburg entwickelt sich kontinuierlich weiter.

Dass in Ludwigsburg besonders niedrige Arbeitslosigkeit herrscht, verdanken die Menschen unterschiedlichen Faktoren. Einer davon ist die beharrliche und kompetente Arbeit des Gemeinderats, in dem die SPD das Augenmerk auf Arbeitsplätze hat.

Was immer eine Stadt tun kann, damit Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden, wird von der SPD gefordert, angemahnt, unterstützt. Ein Beispiel ist die Erschließung geeigneter Plätze, auf denen Firmen sich nie-

lassen können: Insgesamt über 15 Hektar wurden in den letzten Jahren als Gewerbeflächen ausgewiesen. Die SPD achtet stets darauf, dass diese Verfahren auch die Belange des verantwortungsbewussten Umgangs mit der Natur berücksichtigen.

Auch durch geeigneten Straßenbau trägt die Stadt zum Erfolg der örtlichen Unternehmen bei und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Die neu gestaltete Grünstraße beispielsweise stellt ein gutes Entree für das Werkzenrum West, für verschiedene Firmen aus Einzelhandel und Medienwirtschaft dar.

Für das Logistikzentrum der Firma BERU war eine LKW-gereimte Straße unabdingbar. Auch der Westausgang des Bahnhofes (siehe unten) stärkt unter anderem die wirtschaftliche Attraktivität der Flächen auf dem Bleye- und dem Nestlé-Areal.

Insgesamt kann Ludwigsburg mit der Entwicklung zufrieden sein: Der notwendige Strukturwandel der letzten Jahre und Jahrzehnte ist in vielen harmonisch gelungen. Schon heute sind über zwei Drittel der Arbeitsplätze in Ludwigsburg in zukunftsorientierten Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben.

Daneben haben auch klassische Industriebetriebe gute Ausgangspositionen für Erfolge: Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gute Standortbedingungen – so können Jobs erhalten und geschaffen werden.

Auch die Stadt ist in der Pflicht als Arbeitgeberin. »Wir sind keine Jobkiller«, betonte die SPD-Fraktion, als die CDU in der Haushaltsdebatte 2004 einen »Personalschnitt« in der Stadtverwaltung forderte. Die SPD will auch weiterhin eine saubere Stadt und einen leistungsfähigen Bürgerservice gewährleisten.



SPORT ist ein zentraler Bestandteil lokaler Kultur. Besonders wichtig ist er für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Darum hat sich die SPD für den Bau der neuen Sporthalle Rohlaundfeld stark gemacht. Weil das Sanierungsprogramm »Sportplätze aus SPD-Sicht hohe Priorität hat (mit dem beispielsweise der neue Kunstrasenplatz des TV Pfingstfeld verwirklicht wurde), wollen die Sozialdemokraten im Gemeinderat es fortführen. Ebenso sehen sie dafür, Sportstätten auch weiterhin zu sanieren. Mit Unterstützung der SPD bereits im Etat 2004 festgeschrieben: der Sportplatz in Neckarwehingen, geplant danach Grundstück. **Schulsport** ist besonders wichtig und muss gute Bedingungen vorfinden. Der in großen Bereichen ehrenamtlich geführte **Vereinsport** kann zu Recht das gleiche fordern: Der Bau der Innenstadtsporthalle und der Bau der Sporthalle Eglosheim sind deshalb völlig gerechtfertigte Forderungen und werden von der SPD unterstützt. *Freizeitsportplatz vor der Eglosheimer, Heidenhö...*

Beiträge aus einer einzigen Ausgabe des »Stadtblatt« aus dem Jahr 2004 – aussagekräftige Beispiele für das Engagement der SPD im Gemeinderat

Eine Stadt für alle

Planungen müssen alle Generationen berücksichtigen

Die SPD legt den Finger auch auf wunde Punkte. Das »bessere Radwege-Netz in Ludwigsburg« wäre und das dies für eine familienfreundliche Stadt ein dicker Pluspunkt wäre (und noch dazu ökologisch sinnvoll), ist allesamt bekannt. Doch die Mehrheit im Gemeinderat für eine solche Politik ist von den Wählern und Wählern bislang noch nicht geschaffen worden.

Weitere Themen sind zu kritisieren: »Die Stadtschulung ist noch längst nicht familienfreundlich«, so die SPD-Fraktion. Sie fordern die Stadtverwaltung ebenso wie die übrigen Fraktionen auf, »Ludwigsburg Zug um Zug zu einer kinderwagenfreundlichen Stadt zu machen«.

Damit würde gleichzeitig eine andere SPD-Forderung erfüllt: Die störenden Barrieren und Schwellen an Straßen und Gehwegen behindern auch gehbehinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger und erst recht Menschen mit Rollstuhl. Also wäre die Beseitigung der Barrieren ein generationsübergreifender Fortschritt.

Um solche Überlegungen beizeiten in die Abläufe der Kommunalpolitik einzubringen, regt die SPD seit diesem Winter ein »Bindnis für Familien« an.

Das bedeutet konkret: Alle an einem Planungsvorhaben Beteiligten werden an einen Tisch geholt, um auch die Belange der Familien zu erörtern und zu berücksichtigen. »Das sind oft keine großen oder gar kostenintensiven Dinge«, findet die SPD, »sondern es ist wichtig, beispielsweise die Schaltung einer Verkehrsampel entlang eines Schulwegs oder die Gestaltung eines Spielplatzes aus aus diesem Blickwinkel zu planen.«

Nur wenn eine Stadt ihre Arbeit von Grund auf familienfreundlich angeht, so die SPD-Fraktion im Gemeinderat, kann sie Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Geburtenrate wieder steigt. »Wir wollen, dass Ludwigsburg allen jungen Paaren überzeugend signalisiert: Wir sind hier mit Kindern willkommen, hier ist eine Stadt mit viel Platz und Verständnis für Kinder.«

Absprachen über PH-Wohnheim?

SPD-Anfrage von dem Landtag

Gibt es unausgesprochene Absprachen, die den simultanen Charakter der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg beeinträchtigen könnten? Aufklärung über diese Frage wird die Landesregierung geben müssen, wenn sie die Kleine parlamentarische Anfrage beantworten wird, die der Ludwigsburger SPD-Abgeordnete Heinrich von Hacht jetzt im Landtag eingebracht hat.

Von Hacht fragt: 1. Ist der Landesregierung bekannt, daß für die im zügigen Baufortschritt befindliche Pädagogische Hochschule Ludwigsburg noch keine Entscheidung über den Träger des hierfür erforderlichen Studentenwohnheims getroffen ist und somit die Gefahr besteht, daß bei Beginn des Vorlesungsbetriebes in Ludwigsburg die vorgesehenen und erforderlichen Heimplätze für die Studierenden nicht zur Verfügung stehen? 2. Entspricht es den Tatsachen, daß bei der Bewerbung um die Trägerschaft des Studentenwohnheimes in Ludwigsburg die katholische Kirche zurückgetreten ist, der evangelischen Kirche dort den Vorrang läßt und dafür die evangelische Kirche an der Pädagogischen Hochschule Schwab, Gmünd zugunsten der katholischen Kirche als Träger für ein Studentenwohnheim verzichtet? 3. Weiß die Landesregierung, daß die Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen simultanen Charakter Ludwigsburg und Schwab, Gmünd eine solche Aufteilung und Einengung nicht wünschen? 4. Ist die Landesregierung daher bereit, dem auf überkommener Basis wirkenden Studentenwerk der Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg so zu helfen, daß es die Trägerschaft für das Studentenwohnheim in Ludwigsburg übernehmen kann, um dadurch auch den simultanen Charakter der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zu unterstützen?

Inwieweit diese interessanten Fragen nun auch noch andere Kreise, insbesondere die Studentenschaft selbst, zu Aufierungen veranlassen wird, bleibt abzuwarten.

Das Projekt »Soziale Stadt« ist ein Erfolg

Nach Antrag der SPD-Fraktion investiert die Bundesregierung in Eglosheims Zukunft

Der Name ist Programm: Unter dem Titel »Die soziale Stadt« fördert ein Bund-Länder-Programm bundesweit in ausgereichten Städten oder Stadtteilen ein besseres Zusammenleben der Menschen. Nach einer SPD-Initiative ist auch Ludwigsburg dabei: Rund 6 Millionen Euro und viel Engagement vor Ort steigern die Lebensqualität in Eglosheim.

Daneben werden aber auch Versammlungsräume, Schulsozialarbeit, verschiedene Spielplätze, Grillplätze, Kultur und vieles Andere unterstützt – alles Bausteine für eine Stadt, in der man gerne leben mag.

Bessere Leben in Sozialer, gute Wohnungen in zentraler Lage, Arbeitsplätze in den guten schulischen Einrichtungen und viel mehr auf der Baustelle. Das Nationalprojekt Heidebegleitung erfüllt die Kriterien des Projekts für etwa 330 Wohnungen.



Flugblatt von 1996

Schulbus nur für Reiche?
CDU-FDP-Landesregierung bedient sich bei Schülerbeförderung!

Weil die Landesregierung pleite ist, will Sie die Mittel für die Schülerbeförderung kürzen.

- Die CDU gefährdet damit den flächendeckenden ÖPNV im Land!
- Die CDU verlagert zusätzliche Kosten auf die Kommunen!
- Die CDU belastet immer mehr Familien mit Kindern!

So geht die CDU mit der jungen Generation um:

Reiche Kinder fahren Bus
Arme Kinder geh'n zu Fuß

Wir wehren uns!

jungsozialisten in der spd

SPD: Jugendhaus für Eglosheim
„Kriminalität in diesem Stadtteil besonders groß“

In einer Versammlung der SPD-Stadtteilgruppe Eglosheim behandelten die Mitglieder das Problem des Freizeitangebots für Jugendliche in diesem Stadtteil. »Die hohe Kriminalität bei Jugendlichen in Eglosheim, die unter anderem durch Zeitungsberichte in diesem Jahr bekannt wurde, sollte ein Warnsignal für alle Verantwortlichen der Stadt sein«, sagte ein Vorstandsmitglied. »Sieher liegt es nicht allein an dem spärlichen Freizeitangebot, aber ein Jugendfreizeithaus kann dazu beitragen, den Jugendlichen zu helfen.«

In Gesprächen mit Jugendlichen wurde gegenüber SPD-Mitgliedern geäußert, daß es nicht jedermanns Sache sei, sich bei professionell gebundenen Hausern zu engagieren. Hier sollte nach Ansicht der

SPD-Stadtteilgruppe die Stadt eine Alternative schaffen, zumal man wisse, daß auch entsprechende Grundstücke vorhanden sind.

Nicht einzusehen sei, so ein Mitglied des Vorstands, daß einige Stadträte der CDU jetzt den Neubau einer Stadthalle fordern, wo doch in der Stadt noch viele andere dringendere Aufgaben zu lösen seien. Wörtlich sagte das Vorstandsmitglied: »Auch wir begrüßen den Bau einer neuen Stadthalle, die den jetzigen Kulturempfehlen ablösen soll, doch sind wir der Meinung, daß zunächst wichtigere Basisvorhaben verwirklicht werden müssen und dazu gehört auch ein Jugendfreizeithaus in Eglosheim, ehe man an den Bau einer neuen Stadthalle denkt.«

Die SPD-Mitglieder wollen sich weiter engagieren für ein Jugendfreizeithaus im Stadtteil Eglosheim einsetzen. HEF

LKZ, 23. November 1976

SPD: Problem-Stadtteile in Förderprojekt aufnehmen
Für Verbesserungen in Eglosheim und Sonnenberg

Die Stadt Ludwigsburg soll sich für die Stadtteile Eglosheim und Am Sonnenberg um die Aufnahme in das Modellprogramm »Die soziale Stadt« bemühen. Dies fordert der SPD-Gemeinderatsfraktionsvorsitzende Dr. Eckart Bohn namens seiner Fraktion in einem Antrag an die Stadtverwaltung.

Das Modellprogramm wurde in erster Linie für Stadtteile und Wohngebiete konzipiert, in denen städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Probleme aufeinander treffen. Durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen städtebaulicher, aber auch sozialer Natur soll verhindert werden, dass solche Stadtteile dauerhaft ins Abseits geraten.

In Eglosheim misse, so die SPD, endlich und tatkräftig darangegangen werden, eine sozial ausgewogenere Bevölkerungsstruktur zu schaffen. Im Sanierungsgebiet Am Sonnenberg eroffne sich die Chance, im Rahmen einer Modellförderung ein vorbildliches Wohngebiet entstehen zu lassen.

Das Programm mache eine enge Zusammenarbeit und Koordination zwischen dem Bauwerkzeug und den Bereichen Soziales und Jugend und gegebenenfalls auch mit der Ludwigsburger Wohnbau erforderlich. Miteinzubeziehen seien ferner die Erfahrungen der stadtteilbezogenen Sozialarbeit des DRK, Stadtbüro Eglosheim und das Modellprojekt zur Integration von Einwandererfamilien der Ludwigsburger Diakonie. Das Modellprogramm der Diakonie, das die Verbesserung insbesondere in Kindergärten und Schule, Verbesserung der Zukunftschancen der Einwandererkinder und ein friedliches Zusammenleben der einheimischen und zugewanderten Menschen in Eglosheim zum Ziel habe, liege seit Ende Juli bei den Fraktionen. Nach Meinung der SPD-Fraktion sei dies ein fachlich hervorragender Ansatz, um die Probleme, die viele Bürger und Bürgerinnen in Eglosheim beunruhigen würden, anzugehen.

Für Baden-Württemberg stehen 11,2 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung, die durch Mittel des Landes und der Stadt ergänzt werden sollen.

LKZ 29.09.1999 S.5

LKZ 29. Januar 1965

1891 –
2016

Die Stadt als wohnlichen Ort gestalten

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



Auch Ältere brauchen geeigneten Wohnraum!

In Ludwigsburg gibt es zu wenig Wohnungen, in denen Menschen in der Altersgruppe ab 70 problemlos wohnen können – oft sind Stufen und Schwellen im Weg, häufig sind die Mietpreise ein großes Hindernis. Die SPD fordert: Die Stadt muss gezielt bezahlbare Wohnungen fördern, die kommunale Ludwigsburger Wohnbaugesellschaft muss bestehende Wohnungen nachrüsten und neue gleich für altersgerechtes, barrierefreies Wohnen ausstatten.

Bereits in 15 Jahren wird ein Viertel aller Privathaushalte „70-plus-Haushalte“ sein – das heißt, mindestens ein Haushaltsmitglied ist 70 Jahre alt oder älter. In Ludwigsburg sind das rund 10.000 Haushalte. Doch in der Stadt sind seniorengerechte und bezahlbare Wohnungen immer noch Mangelware.

Wir finden: Die Stadt Ludwigsburg darf bei der Grundstücksvergabe nicht nur das Maximum an Gewinn erreichen wollen, sondern muss Grundstücke ausdrücklich für bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stellen. Auch viele Normalverdiener können sich heute die hohen Wohnkosten in der Stadt nicht mehr leisten, weil sie oft über 50 Prozent des Familieneinkommens verschlingen – eine familienerechte Stadt muss hier handeln.

Stadtblatt 2013

Bezahlbares Wohnen: Die Stadt muss den Rahmen gestalten

Ludwigsburg wird weiterhin immer attraktiver und gewinnt – entgegen dem Trend – sogar noch Einwohnerinnen und Einwohner dazu. Ehemalige Kasernengebiete und andere neue Baugebiete wurden entwickelt. Auch wurden in der Innenstadt brach liegende Flächen bebaut. Das Problem ist: Mieten und Baupreise steigen nach wie vor viel stärker als die Einkommen der Familien!

Das Programm „Fair Wohnen“ der Wohnbau Ludwigsburg ist gut, reicht aber bei weitem nicht aus. Die SPD hat im Bund und im Land Initiativen gestartet, um günstigeren Wohnraum zu fördern. In der Stadt muss dies durch eine sozial ausgerichtete Immobilienpolitik unterstützt werden: Siedliche Grundstücke müssen zu vergünstigten Preisen an Investoren vergeben werden, die sich nachhaltig zu fairen Mietkonditionen verpflichten.

Stadtblatt 2013

8 Ludwigsburg

PERSONEN & PROGRAMM

Mai/Juni 2009



Ludwigsburg baulich sozial gestalten

- Plätze und öffentliche Raumangebote für gemeinsame Freizeitgestaltung von jungen und älteren Menschen in der Innenstadt und allen Stadtteilen: Das Konzept der Bürgerhäuser als Treffpunkt von Gruppen und als Begegnungsstätte über Gruppengrenzen hinweg wird immer wichtiger.
- Spezielle Wohnangebote, die den Erfordernissen von Studierenden angepasst sind, bereithalten.
- Geeigneter Wohnraum für eigenständiges Leben körperlich beeinträchtigter Bürgerinnen und Bürger von Ludwigsburg.
- Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden verwirklichen.

SPD fordert Entscheidung und Plan für neues Heilbad Hoheneck

Antrog zur Behandlung in öffentlicher Gemeinderatssitzung

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat erneut – wie bereits vor zehn Jahren – einen Vorstoß unternommen, um endlich für den Ausbau des Heilbades Hoheneck zu entsprechenden Investitionen zu gelangen. Wie der Fraktionsvorsitzende Dieter Schöps hervorhebt, wolle die SPD-Fraktion eine weitere Vertiefung nicht länger verantworten.

Schon vor zehn Jahren hatte die SPD-Gemeinderatsfraktion beantragt, mit der Planung von Bau eines neuen Kurmittelbaus für das Heilbad Hoheneck zu beginnen. Eine Fülle schwerer Fragen, so erklärte damals der SPD-Sprecher, müßten in Ruhe und mit Sorgfalt gelöst werden, und über Größe, Bauweise, Standort, Betriebsweise, Kosten und Finanzierung seien eingehende Untersuchungen anzustellen.

Schon seit zehn Jahren werde man geplant, Gemeinnutz an diesem Zeitraum sei das Ergebnis rechtlich festzustellen. Innerhalb warden einige technische Voraussetzungen geprüft und der Aufbau eines Kurmittelbaus mit Zweckbindung wurde im Rahmen des städtischen Dringens aller Gemeinderatsfraktionen in die Tagesordnung der Stadt, für die Jahre 1973-1978 aufgenommen.

Aber eine ganz entscheidende Grundfrage ist nach immer ungeklärt. Die Stadtverwaltung ist sich nämlich bis heute noch nicht im klaren darüber, an welcher Stelle das Heilbad Hoheneck der Mühsal gebaut werden soll.

Die SPD-Fraktion meint, es sei jetzt überhöhter Zeit, endlich den Standort festzulegen und mit der Bauplanung zu beginnen, damit das für Stadt und Kreis Ludwigsburg zu dringende Anliegen und alle mit langem geduldeten Verweilen an dem verpassten Zeitpunkt verwirklicht werden kann. Die SPD-Fraktion erwartet, daß die Stadtverwaltung den Gemeinderat bald ihre diesbezüglichen Vorschläge und Überlegungen vorlegt, die das Für und Wider der verschiedenen Möglichkeiten darstellt und innerhalb bestimmter Fristen die notwendigen Entscheidungen herbeiführt. Auf Verlangen von Stadtrat Adolf hat die SPD-Fraktion deshalb beschließen, auf Behandlung in einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderats folgenden Antrag zu stellen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für das Heilbad Hoheneck zu initiieren, daß bis 31. Dezember 1973 der Baubeginn ausgesetzt werden kann.“

LKZ, 8. Februar 1973

Stadtblatt, 2004

Fortschritt am Bahnhof: Freier Durchgang nach Westen

Alte SPD-Forderung nach einem Ausgang zur Weststadt hin wird in absehbarer Zeit endlich Wirklichkeit



Brennstraße



Prugfelder Straße

Die vorhandene Bahnhof-Unterführung ist zwar nicht der gemischte Ort der Stadt, aber immerhin ein gut funktionierender Fußgängerweg. Einziges Nachteil: Fußgängerinnen und Fußgänger können von hier aus den Bahnhof nur in Richtung Innenstadt verlassen.

Nun entwickelt sich seit einigen Jahren wachsend das Bahnhofs-viel-zu-Besseren: Das Bley-Gelände wurde und wird saniert und genutzt, die alten, sehr schlecht erhaltenen Franckchen-Wohnhäuser sind ebenso abgerissen wie die angrenzenden Loggienhäuser zwischen Pfingfelder Straße und Maria-Luher-Straße. Der nächste Schritt wird sein, dass die Firma Noell die hier im Bild umrandeten Gebäude abbaut und

das Grundstück an die Stadt Ludwigsburg verkauft. Dann muss zwar noch die Bahnhof-Unterführung verlängert werden (der Durchbruch ist grün eingekreist), und schon können Passanten und Passanten ebenerdig nach Westen

den Bahnhof verlassen. Von dort entstehenden Platz an der Pfingfelder Straße aus werden die Weststadt-Busse weiter bringen. Die Verantwortlichen sind zuversichtlich, nach 2005 dieses Ergebnis erzielen zu können.

Februar 2008

INNENSTADT-ENTWICKLUNG

15 Ludwigsburg

In der Innenstadt wird studiert, gespielt, gelebt

Begehung der Kultur-Gaustellen durch die SPD Ludwigsburg fand große Resonanz



Bauhauptmeister Hans Schmidt (mit Hut) erklärt dem interessierten Publikum aktuelle Entwicklungen in der Ludwigsburger Innenstadt.

Noch ehe die Theaterakademie ihre Eröffnung feierte und Zug um Zug den Betrieb aufnahm, besuchten im Herbst zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger die zukunftsreiche Baustelle. Fachkundiger Reiseleiter bei einem kleinen Trip durch die sich wiederholende Innenstadt war Ludwigsburger Bauhaupteister Hans Schmidt, eingeladen hatte der SPD-Ortsverein.

„Der Bühnenturm der Theaterakademie ist nicht nur von unten imposant, er bietet eine einmalige Aussicht über Ludwigsburg und ist auch von außen bespielbar“, erklärt Hans Schmidt den interessierten Besuchern des Kundungs mit der SPD-Ludwigsburg durch die Theaterakademie und das Scala.

Trotz schickten Wetters konnte die SPD-Ortsvereinsvorsitzende Andrea Vogt mehr als 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger begrüßen, die sich vom Ludwigsburger Bauhaupteister dem beeindruckenden Neubau zeigen lassen wollten.

Während man durch die Glasfront den jungen Schauspielern beim Üben zusehen kann, wird hinter den Kulissen fleißig gearbeitet, damit der offiziellen Eröffnung am 29. November nichts mehr im Wege steht. „Gegenüber in die Mühlendstraße 29/31 wird neben einem städtischen Fachbereich die Filmakademie ihr neues Domizil und weitere Räume beziehen und in der ehemaligen Volkshilfe werden Umkleide- und Maskenräume eingebaut“, erklärt Schmidt die Großbaustelle. Aber auch kritischen Fragen muss Hans Schmidt sich stellen, so wird nach den im-

mensen Kosten gefragt, allein der Anteil der Stadt an der Theaterakademie beträgt fast 4,5 Millionen Euro. „Steht denen ein Mehrwert für Ludwigsburg entgegen?“, will ein Bürger wissen. Für Schmidt ist die Theaterakademie die logische Weiterführung der Filmakademie und die Stärkung des Medienstandorts, der ständig wächst. Er verweist auf die Dreharbeiten der ARD-Serie „Alte der Kasse“, die komplett in Ludwigsburg stattfinden.

„Gerade die Akademien verhindern, dass Ludwigsburg eine Studentenstadt-Trabantstadt bleibt – sie leben die Innenstadt“, so Schmidt. Viele ehemalige Studentinnen und Studenten bleiben inzwischen hier und gründen ihre eigenen Firmen, umso wichtiger ist es genügend Arbeitsplätze und Wohnraum zu haben.

Flexibler Wohnraum für Dozenten und Studierende

Hier hatte die SPD-Gemeinderatsfraktion schon Anfang des Jahres einen Antrag gestellt, der mehr Unterkünfte für Dozenten und Studenten in der Stadt forderte.

„Die Akademien haben einen hohen Bedarf an flexiblem Wohnraum, da sich Dozenten als externe Betreuer nur für wenige Wochen hier sind“, so Fraktionsvorsitzender Dr. Eckart Bohn.

Die Stadt plant daher in dem Gebäude Stützgarten Straße ein sogenanntes „Boarding House“, dort können sich Dozenten auch für mehrere Wochen in kleine Wohnungen einmieten, ein Ausbau für Studenten könnte folgen.

Bei der abschließenden Besichtigung des „Scala“ führte Veranstaltungsbetreiber Edgar Lichtenner durch das Gebäude.

Für Lichtenner ist das „Scala“ ein Multifunktionsplatz, an dem Konzerte, Liveauftritte und Kino stattfinden können. Die Diskussion um die Nutzung des Vereins Kinoklub sah er zum damaligen Zeitpunkt noch zweischneidig. „Das Scala bietet eine schöne cineastische Kulisse, allerdings muss ein funktionierendes Konzept erarbeitet werden, um den Spielbetrieb und die Personalkosten für 400 Plätze zu sichern.“

Gute Startbedingungen

Die Räume des angrenzenden Restaurants sind nach einem Wasserschaden in einem sehr maroden Zustand und müssen komplett saniert werden.

Nach Meinung der SPD müssen dringend notwendige Reparaturen sofort in Angriff genommen werden, um den Restaurantbetrieb im „Scala“ wieder aufnehmen zu können.

Viele Jahre lang war die SPD dafür eingetreten, den Marktplatz von Autos zu befreien ...



... und hätte im Prospekt zur Gemeinderatswahl 1989 eine Vision veröffentlicht, die dann der Wirklichkeit schon ziemlich nahe kam.



1891 ...

Kultur ist nicht alles, aber ohne Kultur ist alles nichts

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

KURZ BERICHTET

Für sozial schwache Familien kulturelle Vergünstigungen

SPD-Gemeinderätin Monika Bergan fordert kulturelle Vergünstigungen für Besitzer mit Familien- und Sozialpass.

„Sozial schwächere Familien und Alleinerziehende können sich für ihre Kinder sehr oft eine Förderung in der Jugendkunst- und Jugendmusikschule in Ludwigsburg nicht leisten, auch wenn bei ihren Kindern Begabung festzustellen ist. Diesen Miasstand müssen wir abstellen“, forderte die Sozialdemokratin. Die Ludwigsburger SPD will aus diesem Grund für Besitzer von Familien und Sozialpassen kulturelle Vergünstigungen einführen.

Bislang erhalten sozial schwächere Familien mit Familien- und Sozialpassen der Stadt nur ermäßigte Gebühren für den Besuch der Volkshochschule. „Doch zu einer fundierten Ausbildung gehören auch die Vermittlung von Kunst und Musik. Durch die fehlende Förderung in diesem Bereich wird eine musikalische Ausbildung in unserer Stadt zum Privileg der Besserverdienenden. Das darf sich die Gesellschaft nicht leisten“, so Bergan. Doch die einzelnen Institutionen wie die Jugendmusik- und die Jugendkunstschule könnten aus ihren Budgets eine solche Förderung nicht finanzieren, ist die Sozialdemokratin überzeugt. Deshalb müsse beim Sozialamt der Stadt in Verbindung mit dem Familien- und Sozialpass eine Haushaltsstelle eingerichtet werden, die die musikalische Förderung von Kindern sozial schwächerer Familien bezuschusst.

WKZ, 4. September 1999



Als die Spätkolon die Stadt verließen, wurden große Käsemarktgelände plötzlich zum Thema der Stadtgestaltung. Viel Engagement kam aus der SPD-Fraktion, damit die Kellereien in dem Kunstforum Labormix, Tanz- und Theaterwerkstatt, Musikschule und Bürgertheater neben weiteren Initiativen Veranstaltungen, Workshops und Kurse anbieten. Die Nachfrage aus allen Generationen der Bürgerschaft zeigt: Eine gute Investition, die den Menschen der Stadt dient.

16 AKTUELLES

Lovorwärts Ludwigsburg

Nachrichten der SPD Ludwigsburg, Oktober 2010

Der Mensch als Landschaft
Bildauer Peter Röpmpert stellt im Haus der SPD aus

Die Figur steht bei Bildhauer Peter Röpmpert im Mittelpunkt, die plastische Arbeit mit seiner Hand geformt, aber auch Textauszug und Stadt. Mehr als 60 Besucher kamen zum Vernissage des Röpmpert-Kunstwerks am Sonntag im Haus der SPD.

„Peter Röpmpert geht als Plastiker nicht vermittelt an die Öffentlichkeit. Er stellt sich und sein Schaffen eher als schriftliche, heranzuführende Figur dar“, so die SPD-Landtagsabgeordnete Claus Schmiedel in seiner Einführung.

Der 66-jährige Künstler hat sich während seines Studiums bei Professor Daudert in Stuttgart fortbilden lassen und ist als freiberuflicher Künstler tätig. Er ist auch in der Kunstszene der Stadt aktiv und hat an verschiedenen Ausstellungen teilgenommen. „Ich würde mich gerne mit der Kunstszene der Stadt verbinden“, so Röpmpert. Er ist seit 2009 Mitglied der SPD Ludwigsburg und hat sich für die Förderung der Kunst in der Stadt eingesetzt. „Ich würde mich gerne mit der Kunstszene der Stadt verbinden“, so Röpmpert. Er ist seit 2009 Mitglied der SPD Ludwigsburg und hat sich für die Förderung der Kunst in der Stadt eingesetzt.

SPD-Ortsverein feiert 100jähriges Bestehen

Mit langem Atem zu menschlicher Streikultur

Festakt im Bärensaal verknüpfte die politische Rückschau mit dem Blick nach vorn

Wie ein „Phänix aus der Asche“ war im Frühjahr 1916 der Ortsverein Ludwigsburg der Sozialdemokratie nach einer langen Leidensgeschichte wieder entstanden und im danach auch wenig ansehnliche Bärensaal neu gegründet worden. Grund an dieser Stelle konnte die SPD im vergangenen Sonntag ihr 100jähriges Bestehen feiern. Es war ein großer Tag voller Freude und Genugtuung für die Genossinnen und Genossen, denn die Sozialdemokraten sind heute mehr denn je ein fester und starker mehr wachsender Bestandteil im Leben der Bevölkerung.

Zum Festakt kam der Ortsvereinsvorsitzende Peter Thiele, seine Frau und seine Frau-Freundin und Gäste begrüßten, so den langjährigen ehrenamtlichen SPD-Stadtrat, Vorstand des Ortsvereinsvorsitzenden Hans-Joachim Henkel, der die Ludwigsburger SPD mit „politischen“ Begrüßungswörtern, welchen „wertvollen Beitrag“, die für die Ludwigsburger Geschichte in der Vergangenheit geleistet hat und heute sein Leben und zur Entwicklung dieser Stadt ist. „Der erste Parteitag, sondern auch für die Stadt Ludwigsburg“, betonte Henkel. Die SPD habe mit großer Verantwortung zum Beispiel, dass die Stadt zu dem wurde, was sie heute ist, nämlich eine Stadt, die nicht nur einen hohen Lebensstandard, sondern auch eine gute soziale Infrastruktur hat. Die SPD hat sich für die Förderung der Kunst in der Stadt eingesetzt. „Ich würde mich gerne mit der Kunstszene der Stadt verbinden“, so Röpmpert. Er ist seit 2009 Mitglied der SPD Ludwigsburg und hat sich für die Förderung der Kunst in der Stadt eingesetzt.

WKZ Nr. 132 / Fr., 11. Juni 1971

80 Jahre SPD Ludwigsburg

FEIERSTUNDE

Samstag, 12. Juni 1971, 20 Uhr
Stadthalle Ludwigsburg

Festansprache
Dr. Erhard Eppler
Bundesminister

Musikalische Unterhaltung Stadtkapelle Ludwigsburg

Anschließend
Gemeinschaftsbeisammeln mit **TANZ**

Es spielt die Kapelle Günther Nötker

Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen
UdSpendenkonto: 5-DM Spaldüngung 19.30 Uhr



21. Mai 2015: Der Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt einen „Stolperstein“ zur Erinnerung an Rosa Rommel, die von den Nazis ermordete Tochter des Sozialdemokraten Friedrich Rommel aus Oßweil. Mitglieder der SPD-Gemeinderatsfraktion stifteten das Geld für diesen Stein – einen von 66 in Ludwigsburg (Stand November 2016), die zu Erinnerung und zu politischer Wachsamkeit aufrufen.

Über die „neue Stadthalle“ (später dann „Forum am Schlosspark“ genannt) gab es 1983 einen Bürgerverscheid. Auf beiden Seiten waren Sozialdemokraten mit großem Engagement aktiv; letztlich setzte sich die „große Lösung“ durch, die unter anderem von Rolf Knoll, Elfriede Breitenbach und Heinrich von Hacht unterstützt wurde.

Die Mahnung der Gegner/innen, so eine Halle werde hohe jährliche Folgekosten haben, hat sich ebenso bewahrt wie die Hoffnung der Befürworter/innen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt an den Veranstaltungen viel Freude haben würden...

BÜRGERAKTION

für einen vernünftigen Neubau der Stadthalle Ludwigsburg

Liebe Ludwigsburger Mitbürger!

Der geplante neue Ludwigsburger Festspielpalast ist eine gigantische Verschwendung unserer Steuergelder

(Dabei sollen wir alle das Geld erst zahlen, wenn die Politiker ...)

Morgen, Samstag, den 12. Juni 1981, können Sie das verhindern. Durch Ihr Nein im Bürgerverscheid.

NEIN

Gehen Sie wählen. Unbedingt!!!

Sonst dürfen Sie nie mehr schlafen, heute nicht und in 10 Jahren auch nicht.

Sind Sie gebührend? Wir fahren Sie gern!

Bitte rufen Sie an: 43237, 33882, 24132

Wir alle sind für die neue Stadthalle

„Ich bin sehr glücklich, dass ich meine Stimme für die neue Stadthalle abgeben kann.“

„Die neue Stadthalle wird ein Ort sein, an dem wir alle zusammenkommen können.“

„Ich finde es sehr schön, dass die Stadtverwaltung die Bürger so einbezieht.“

„Die neue Stadthalle wird ein Ort sein, an dem wir alle zusammenkommen können.“

„Ich finde es sehr schön, dass die Stadtverwaltung die Bürger so einbezieht.“

„Die neue Stadthalle wird ein Ort sein, an dem wir alle zusammenkommen können.“

„Ich finde es sehr schön, dass die Stadtverwaltung die Bürger so einbezieht.“

1891 –
2016

Schwwestern, in eins nun die Hände!

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



„Die Frauengruppen von Ludwigsburg und Kornwestheim haben am 17. 10. 1949 im Waldheim der Arbeiterwohlfahrt eine Zusammenkunft. Die Genossen werden gebeten, ihre Frauen zu schicken.“

Aus dem Protokollbuch der SPD Ludwigsburg, 8. Oktober 1949



Wahlplakat von 1959



Aus dem Tagebuch der Vereine

Rührige SPD-Frauengruppe

Über ein recht erfolgreiches Jahr konnte die Vorsitzende Hilde Hirschenbach in der Jahresversammlung der Ludwigsburger SPD-Frauengruppe berichten. Die Stadträtin erinnerte an die in Ludwigsburg abgehaltene Landestrauenkonferenz, an die Osterbesuche im Altersheim und bei Wilhelm Keil, den Jugendball und den Weihnachtsball sowie eine Veranstaltung über Verbraucherfragen mit Mrs. Ursula Krüger. Auf Grund der guten Ergebnisse des Jugendballs und des Basars sowie erfreulicher Spenden war auch der Bericht über die Kassenlage sehr positiv. Da die bisherige Vorsitzende, Stadträtin Hirschenbach, wegen anderweitiger Belastung nicht mehr kandidierte, wurde Berte von Hacht für die nächsten zwei Jahre als erste Vorsitzende der SPD-Frauengruppe gewählt. Stellvertreterinnen sind Waltraud Adoif und Brigitta Schöps. Schriftführerin Gertraud Busch, Kassiererin Doris Schumacher. Die neue Vorsitzende dankte ihrer Vorgängerin für die in den vergangenen Jahren geleistete gute Arbeit. Aus dem Programm der SPD-Frauengruppe ist zu erwähnen, daß gegenwärtig die Vorbereitungen für die Osterbesuche getroffen werden. Dabei soll erstmals, außer dem Städtischen Altersheim, auch das evangelische Altersheim in der Stuttgarter Straße besucht und den Heimbewohnern am Gründonnerstag eine kleine Freude bereitet werden.



Seit den frühen 1960er-Jahren arbeitete die SPD-Frauengruppe im Ortsverein – überwiegend an sozialen Themen.

Wo drückt der Stöckelschuh? Rufen Sie an zwischen 10 Uhr und 12 Uhr!

Neuen Expertinnen wollen mit Ihnen sprechen über Ihre Tips – Anregungen – Fragen – Meinungen

| | | | |
|-----------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------------|----------|
| Teleton Ludwigsburg 92 22 23 | 92 22 24 | 92 22 25 | 92 22 26 |
| Constance Burgenmeister | Annika Hermans Fausthaus | Hannelore Koch Aulendorfsschulz | |
| 92 22 24 | 92 22 25 | 92 22 26 | |
| N. Krieger-Huber Sozialarbeiterin | Christiane Kuster Offize Altmairhof | Ina Widmann Bernt, Wöhringensiedlung | |
| 92 22 27 | 92 22 27 | 92 22 27 | |
| Hilke Günther Kronenbühlstr. | Monika Bergan Stadthaus | Sigrid Berg Gewerkschaft UV | |

Einladung

> § 18 - eine unendliche Geschichte <

Podiumsdiskussion

- Birgit Kipfer Mitglied der SPD - Landtagsfraktion
- Dr. Claudia Hübler CDU-Stadträtin, Stuttgart
- Azrin einer Pro - familia Beratungsstelle N.M.

Moderation: Ingrid Biester Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Dienstag, 10. September 1991 20.00 Uhr Ludwigsburg Podium/Musikhalle

TRAUEN GEHÖREN INS HAUS

AST-FRAUEN IN DER SPD

Wir bauen an der Zukunft – in der Gemeinde, im Kreis.

- Wir Frauen sind in unserer Gesellschaft unverzichtbar. Die SPD fördert die Einbindung einer Frauenbeauftragten beim Kreis, die Ansprech- und Beratungsperson sein soll, die Anregungen und Beschwerden entgegennimmt.
- Wir Frauen in der SPD haben gegen den endgültigen Widerstand der CDU das Frauenhaus durchgesetzt und werden weiter für dessen Unterhaltung kämpfen.
- Ludwigsburg hat keine Kinderheim-Gruppe. Die Frauen der SPD kämpfen für die Einrichtung einer Kindertagesstätte in Ludwigsburg.
- Wir kämpfen mehr Frauenvereine und -stellen. Für Korbball, Tischtennis, Badminton, Tennis, Fußball, Golf, etc. sind wir bereit, unsere Freizeit zu widmen.
- Kommunale Friedhofspolitik setzt auf den Menschen. Die Bestattung durch den Friedhof ist ein politisches Entscheidungsfeld. Darum sind für Friedhofspolitik alle politischen Ebenen verantwortlich, auch die Gemeinden.
- Sozialdemokratische Frauen haben in den letzten Jahren im Gemeinderat und im Kreistag entscheidend bei der Gestaltung einer menschlichen Umwelt mitgewirkt, weil dies die alltäglichen Probleme der Frauen in ihrer Gemeinde am besten kennen.

Machen Sie mit! Rufen Sie an! Von Frau zu Frau.

Künftig ein Drittel Frauen in SPD-Gremien

Ludwigsburger SPD setzt Akzente für den Bundesstagswahlkampf!

Titel- und Innensichten eines Faltblatts zur Kommunalwahl 1980

Die Frauen-Songgruppe „Rote Kehle“ persiflierte Mitte der 1980er-Jahre Zeitgeschehen im Küchenlieder-Format.



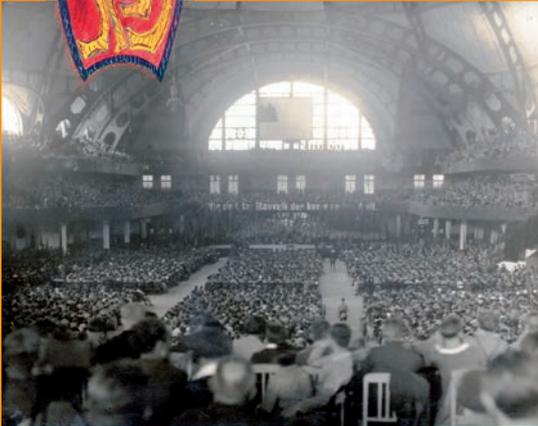
1932 –
2016

Von der SAJ bis zu den Jusos: Wir sind jung und haben viel vor!

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



Das selbstgezeichnete Logo der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Neckarweihingen schmückt das Wander-Protokollbuch von 1931 und 1932.



Dieses Foto brachten Neckarweihinger Aktive vom Reichsjugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend 1931 in Frankfurt/Main mit.



1932 in Zürich: SAJ-Mitglieder aus Neckarweihingen beim Schweizer Arbeiterjugendtag



Ein weiterer Schatz aus dem Wander-Protokollbuch: SAJ-Mitglieder 1932 im Rotenacker Wald

26 Seiten, eng beschriftet – 1970 war das Informations- und Diskussionsangebot der Jusos im Kreis Ludwigsburg reichhaltig.



2014: Von den Jusos lernen heißt Chillen lernen.

Jusos Ludwigsburg 2016



Vorstand

Mitglieder

Yannick Schulze - Vorsitzender

Marcel Kruse
Stv. Vorsitzender

Daniel Haas
Öffentlichkeits-
arbeit

Maximilian von
Sanden
Kassier



Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos tagte 2013 in Ludwigsburg-Neckarweihingen



Ludwigsburger Jusos bei der 1.-Mai-Demonstration 2014 in Bietigheim-Bissingen



2016

Die Ludwigsburger SPD heute: Herzlich Willkommen!

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Mitglieder im SPD-Ortsverein Ludwigsburg

Die Statistik ist zwar unvollständig – wo vorhanden aber sehr aufschlussreich:



Ansprechpartner/innen im SPD-Ortsverein Ludwigsburg:

Daniel O'Sullivan
 Uwe Jansen
 Stefanie Rapp
 Stefan Eisenmann
 Werner Stiefel
 Janik Bäuerle
 Nathanael Maier
 Stellvertreter
 Regina Orzechowski
 Stellvertreterin
 Stefanie Liepins
 Stellvertreterin
 Elif Sazpınar
 Schriftführerin
 Nicholas Williams
 Yannick Schulze
 Vorsitzender
 Silvio Strauß
 Kassierer

Beisitzer/innen:

INFOS UND KONTAKT: www.SPD-ludwigsburg.de

1966 ...

Willkommene Gäste in Ludwigsburg (1)

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



2009...

Willkommene Gäste in Ludwigsburg (2)

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



1891 –
2016

Die Grundsätze bleiben,
die Gestaltung wandelt sich...

125 Jahre SPD in Ludwigsburg



1912

SPD



1958



1908



1960



1965



1968



1898



1970



1971



1980



1991



1982



2008



2012

1913 ...

Willy Krehl – ein beherztes Leben voller Engagement

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Der Mann, nach dem die Neckarweihinger Veranstaltungshalle benannt ist, ist einer von vielen Sozialdemokraten, in deren Leben das politische Engagement viel Platz einnahm bzw. einnimmt – ein Beispiel von vielen...

Verkrachte Wahlpropaganda

Unter diesem Titel verzeichnet das „Wander-Protokollbuch der SAJ Neckarweihingen“ am 17. April 1932 einen gescheiterten Wahleinsatz. Willy Krehl, M. Wagenhals und ein Hohenegger Genosse warteten bei leichtem Regen um 6.15 Uhr am „Bahnhöfle“, so nannte man damals eine überdachte Bushaltestelle, wo jetzt der Kiesranzen-Brunnen ist, auf ein Auto, das sie zu einer Flugblattaktion nach Gaildorf mitnehmen sollte. Aus dem heranfahrenden Wagen wurde ihnen aber dann zugerufen, sie sollten wieder nach Hause gehen, man könne keinen mehr brauchen.

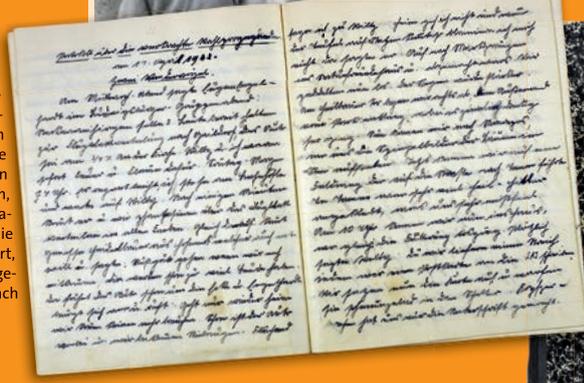
Man kann sich den Ärger und die Enttäuschung der Frühaufsteher gut vorstellen. Wagenhals erklärte, er gehe jetzt nicht nach Hause, er wolle sich nicht blamieren und schlug vor, zum Naturfreundehaus Markgröningen zu wandern.

Im stärker werdenden Regen trafen sie schließlich dort ein und stärkten sich erst einmal. Nun kam Willy Krehl auf die Idee, eine Postkarte „aus Gaildorf“ an die SAJ zu schreiben. Nach einem „gemütlichen Gaigel“ zogen die verhinderten Wahlkämpfer dann in den nahen Wald, um Rindenschiffchen als Andenken an den „Gaildorfer Wald“ zu schnitzen. Als die Wahlkämpfer unterwegs an einem Bächlein Kleider und Schuhe gründlich gereinigt hatten, „wagten sie sich wieder auf die Straße“ und kamen nach einem zweistündigen Marsch in die „Großstadt“ Ludwigsburg und traten von dort, nicht ohne sich vorher über ihre Ausreden geeinigt zu haben, schließlich den Heimweg nach Neckarweihingen an.

Übertragung: Karl Schnell, 2008



Als das Formular für diesen Ausweis gedruckt wurde, hatte der Begriff „Führer“ noch nicht den grausigen Klang, den er mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bekam.



Berta Wildermuth und Willy Krehl 1932 bei einer Veranstaltung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend in Zürich



Neben der Politik galten Willy Krehls Interessen auch dem Gesang und dem Sport.

Aus der Freundin wurde die Frau fürs Leben

Neckarweihinger Ehepaar Berta und Willy Krehl feierte diamantene Hochzeit

„Des isch mei frühere Freundin“, stellte Willy Krehl knitz die Frau vor, mit der er seit 60 Jahren verheiratet ist. Am Donnerstag feierte das Ehepaar Berta und Willy Krehl in Neckarweihingen diamantene Hochzeit.

Zu den Gratulanten am Festtag zählte auch Ludwigsburgs Oberbürgermeister Dr. Christof Eichert. Er überreichte dem Jubelpaar einen von der Ludwigsburger Porzellanmanufaktur gestalteten Flaschenkorken und eine Urkunde von Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel.

An der Kaffeetafel mit Oberbürgermeister und Familienangehörigen erntete sich das Ehepaar Lobhaft an die Zeit zurück in der sie sich kennenlernten. Von der han i schon in der Schule abgeschrieben“, schmünzelte Willy Krehl. Seine jetzige Ehefrau Berta geborene Wildermuth sei „gscheiter gwesä als er und deshalb gemä dem damaligen Brauch einige Rehen weiter vorne auf der Seite gessesen – wohlgernekt auf der Seite, die für die Mädchen reserviert war.“

Tatsächlich besuchten die am 1. Januar 1914 geborene Ehefrau und ihr am 17. Dezember 1913 geborener Ehemann als Kinder nicht nur dieselbe Schulklasse in der Neckarweihinger Volksschule. Sie verbrachten bereits gemeinsam die Kindergartenzeit.

Die gegenseitige Zuneigung erwachte allerdings erst etwas später. Sie seien beide in der sozialistischen Arbeiterjugend gewesen, in der sie gemeinsam Wanderungen und Ausflüge unternommen hätten. „So hat m' sich kennägelert“, erzählte Willy Krehl, der nach dem Zweiten Weltkrieg als einer der „Männer der ersten Stunde“ zur SPD und zur Kommunalpolitik gekommen war.

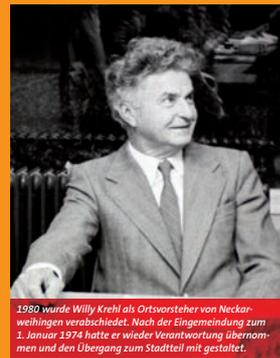
Krehl war Gemeinderat, von 1945 bis 1973 erster stellvertretender Bürgermeister und von 1974 bis 1980 Ortsvorsteher in Neckarweihingen. Im Jahre 1983 wurde er für sein Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Krehl ist nach eigenen Angaben noch heute SPD-Mitglied. Doch auch im privaten Bereich kann der Kommunalpolitiker gemeinsam mit seiner Ehefrau auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken. Als Malermeister eröffnete er noch im Jahr der Vermählung, also 1938, einen eigenen Malerbetrieb in Neckarweihingen. Als Handwerkerfrau führte Berta Krehl das Büro. Die Meinung der Angehörigen: „Sie war die Seele im Haus.“

1942 wurde die Tochter Hannelore (heuer verheiratete Stuber) und zwei Jahre später der Sohn Alfred geboren, der im Jahre 1979 das Malergeschäft übernommen hat. Da der Ehemann die Kriegsjahre über eingezogen war, mußte die Mutter ihre Kinder alleine aufziehen.

„Mir sen immer beschäftigt“, berichtete der Ehemann über das ausgefüllte Leben des Jubelpaares. Als verdienten Mitglied des Turnvereins (TV) Neckarweihingen ist er heute dessen Ehrenvorsitzender. Der 84jährige singt als jetzt ältester Sänger (erster Bass) noch immer im Männerchor der entsprechenden TV-Abteilung mit.

Der Garten und das Haus sind der Bereich von Ehefrau Berta. So hat es sich die 84jährige nicht nehmen lassen, jetzt an Ostern die ganze Familie mit selbstgemachten Mantelstaschen (95 Stück) zu versorgen. Gatte Willy mußte die Füllungs-Zutaten kleinschneiden. (sta)

OB Dr. Christof Eichert gratuliert dem Ehepaar Krehl. Bild: L&Z-Zeitung



1980 wurde Willy Krehl als Ortsvorsteher von Neckarweihingen vereidigt. Nach der Eingemeindung zum 1. Januar 1974 hatte er wieder Verantwortung übernommen und den Übergang zum Stadteil mit gestaltet.



Willy und Berta Krehl bei einer SPD-Veranstaltung in den 1980er Jahren



Gründe zur Gratulation gab es wieder und wieder – Willy Krehl hier mit Reiner Wahlig, Margit Liepins und Claus Schmiedel

Ludwigsburger Kreiszeitung, 11. April 1998

1964

Aktivitäten des Ortsvereins im „Super 8“-Rückblick

125 Jahre SPD in Ludwigsburg

Was spektakulär genug war, gefilmt zu werden:
Ausschnitte aus einem Film, den Brigitte und Dieter Schöpp im Jahr 1964
über das Geschehen im Ortsverein machten.

